

Au nom de la commission et avec une grande diversité de raisons, je le concède, je vous demande de vous rallier à la décision du Conseil des Etats et de repousser la proposition Zisyadis. La commission vous présentera par la suite un postulat appelé à remplacer l'article 8a que notre conseil a accepté hier et que le Conseil des Etats a refusé par 28 voix contre 6. En effet, notre commission jugeant cette proposition très intéressante en vue de la révision totale de la loi, elle désire la transformer en postulat, ce qu'elle vous propose par 20 voix contre 1 et 4 abstentions.

M. Zisyadis: Rassurez-vous, je n'ai nullement l'intention de refaire le débat sur la taxe hospitalière. Les opinions sont connues de part et d'autre. Je monte simplement aux barricades, en constatant comment, dans un premier temps, certains d'entre vous ont relevé les manches avec raison et comment maintenant les mêmes baissent les bras face à la situation. C'est à vous en priorité, parlementaires démocrates-chrétiens, verts et socialistes, que je m'adresse. Comment pouvez-vous prêter main-forte à ce marchandage du Conseil des Etats qui va définitivement pénaliser les malades, notamment les plus défavorisés de la population, les plus âgés? Car vous savez pertinemment qu'en acceptant maintenant cette taxe hospitalière dans le cadre des mesures urgentes que nous allons adopter, vous l'admettez presque automatiquement pour la révision de la LAMA qui se fera plus tard.

Je vous invite à la réflexion, à tenir bon et à confirmer les options premières que nous avons prises. Nous pouvons parfaitement renvoyer une fois de plus le projet au Conseil des Etats. Nous ne courons aucun risque, ou si nous en courons un, c'est celui de ne pas nous déjuger face à la population qui a assez payé la faillite de notre système d'assurance-maladie. Depuis longtemps, il n'y a plus de symétrie des sacrifices!

Frau Dormann, Berichterstatterin: Nur mit dem Entgegenkommen von beiden Räten – der Ständerat bei den Artikeln 1 und 7, der Nationalrat bei den Artikeln 3 und 8a – kann der Kompromiss zustande kommen und mit ihm auch der Bundesbeschluss gegen die Kostensteigerung im Gesundheitswesen. Er verlangt von beiden Seiten Opfer. Ich wage zu behaupten, dass sich somit die Opfersymmetrie zwischen Leistungserbringern, Krankenkassen und Versicherten in diesem Bundesbeschluss auch auf die Parlamentarier und Parlamentarierinnen ausgeweitet hat.

Ich bitte Sie dringend, Artikel 3 – auch wenn Sie dabei Schmerzen verspüren – zuzustimmen, damit der Bundesbeschluss heute spruchreif verabschiedet werden kann.

Bundesrat Cotti: Zum voraus: Der Bundesrat stimmt den Anträgen der Kommission zu.

Gestatten Sie mir noch drei Schlussbemerkungen. Die erste ist ein echter Dank an das Parlament: Sie waren mit einer unverhältnismässig grossen Belastung konfrontiert – ich denke an die ganze Eurolex –, und Sie waren in der Lage, diesen Ueberbrückungsbeschluss sehr schnell einer einvernehmlichen und letzten Endes doch zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Ihre Leistung ist sicher sehr anerkennenswert.

Die zweite Bemerkung betrifft Artikel 1. Wenn mich nicht alles täuscht, ist es das erste Mal, dass institutionell von den Leistungserbringern ein gewisses kleines Opfer verlangt wird. Diese Leistung, die doch eine gewisse geschichtliche Bedeutung hat, wenn man an die Zukunft denkt, muss ich anerkennen, auch wenn die Ausnahmen, die hier gewährt werden, für den Bundesrat etwas weit gehen. Wir werden aber bei der Beurteilung der Ausnahmen die einzelnen Bedingungen von Artikel 1 Absatz 2 unter die Lupe nehmen.

Dritte Bemerkung: Artikel 3 ist nicht ganz nach dem bundesrätlichen Vorschlag gelöst worden. Wenn ich aber an die besonders in der ständerätlichen Kommission gemachten Vorschläge und an die Opfer, die von den Patienten verlangt wurden, denke – es ging um Hunderte von Millionen, wenn nicht um Milliarden Franken –, so sind die verlangten 100 Millionen Franken wenig. Damit hat das Parlament, insbesondere dank dem Nationalrat, eine vernünftige Lösung gefunden. Ich hoffe, dass diese Lösung den Erwartungen ent-

spricht. Wir werden auf diese Problematik zurückkommen, wenn die Ergebnisse des Bundesbeschlusses in Zahlen vorliegen, sowie bei der Totalrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung.

Art. 3

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission
Für den Antrag Zisyadis

92 Stimmen
21 Stimmen

Art. 8a

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ad 92.067

Postulat der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit Oekonomische Arbeitsweise. Abklärungen

Postulat de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique Caractère économique des méthodes de travail. Evaluation

Wortlaut des Postulates vom 8. Oktober 1992

Das Departement lässt verwaltungsunabhängig Abklärungen über die ökonomische Arbeitsweise der Leistungserbringer durchführen. Krankenkassen und Patientenorganisationen sind einzubeziehen. Die Resultate sind öffentlich bekanntzugeben.

Texte du postulat du 8 octobre 1992

Le département fait procéder, de manière indépendante de l'administration, à des évaluations du caractère économique des méthodes de travail des fournisseurs de prestations. Les caisses-maladie et les organisations de patients y sont associées. Les résultats sont rendus publics.

Ueberwiesen – Transmis

92.009

Armeeleitbild 95 Plan directeur de l'armée 95

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2076 hiervoor – Voir page 2076 ci-devant

Maurer: Ich wende mich zuerst an Frau Haering Binder und Herrn Ledergerber: Sie argumentieren heute reichlich kompliziert. So, wie Sie argumentieren, müssten Sie für die Abschaffung der Armee eintreten. Ihre Argumentation geht deutlich in diese Richtung. Aber Sie müssen wissen, dass Sie damit falschliegen. Das Volk ist Ihren Schmalmeien nicht erlegen und hat im völligen Bewusstsein der hohen Kosten zur Abschaffung der Armee nein gesagt.

Wenn Sie so mutig sind, hätten Sie aus dieser Abstimmung – so meine ich persönlich – die politischen Konsequenzen ziehen müssen.

Auch Herr Gross-Andreas möchte ich sagen: Konflikt bedeutet in seiner letzten Konsequenz immer noch Gewalt. Es hat schon vor Tausenden von Jahren Leute mit Ihrem Kredo gegeben, aber die Welt hat sich nicht verändert, höchstens in dem Sinne, dass die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen zugenommen hat, und das wird leider auch in Zukunft so bleiben.

Die SVP-Fraktion nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis vom Armeeleitbild 95. Diese Zustimmung bedeutet für uns auch ein ganz klares Ja zur Armee und ein Ja zu den Konsequenzen, die sich aus diesem Armeeleitbild ergeben.

Dieser Bericht ist aber nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Armeereform, und dieser weitere Schritt darf nicht in Richtung der Armeeabschaffung gehen. Die Armee reform hat sich primär an den Aufgaben, die wir der Armee zuweisen, zu orientieren und nicht an der Akzeptanz der Armeegegner. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, die dieses Armeeleitbild zum Anlass nehmen, die Armee schrittweise abzuschaffen.

Ich möchte Ihnen unsere Erwartungen und Forderungen im Zusammenhang mit der Realisierung des Armeeleitbildes 95 in fünf Punkten skizzieren:

1. Die Ueberführung der Armee, die Reduzierung des Sollbestands um über 200 000 Wehrmänner, die Schaffung neuer Strukturen usw. sind ein gigantisches organisatorisches Werk. Wir erwarten, dass ein zweiter Schritt parallel dazu anläuft, nämlich die verwaltungsinterne Reorganisation. Wir erhoffen uns davon einfachere Strukturen, einen massiven Abbau der oft überbordenden Bürokratie im EMD und eine effizientere Verwaltung, die für das Wohl der Truppe arbeitet und nicht umgekehrt. Selbstverständlich sind die Rüstungs- und Dienstleistungsbetriebe darin inbegriffen. Die Frage der neuen Organisation, beispielsweise die Zusammenfassung von Armee und Zivilschutz im gleichen Departement, die Strafung von Bundesämtern usw., hat für uns hohe Priorität. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann hingegen nicht Sache des EMD sein, weil wir damit verschiedene Dinge vermischen. In diesem Sinne lehnen wir auch den Antrag Zwiggart ab.

2. Eine zentrale Stellung nehmen in diesem Armeeleitbild die Ausbildungsfragen ein. Es geht darum, die Verkürzung der Ausbildungszeit und die längeren Unterbrüche mit einer effizienteren Ausbildung aufzufangen. In Ansätzen zeigt der Bericht die Verbesserungsmöglichkeiten auf. Diese Vorstellungen sind zu konkretisieren, und die finanziellen und personellen Konsequenzen sind aufzuzeigen.

Wir erachten dabei die folgenden Punkte für besonders wichtig: Wir brauchen der heutigen Zeit entsprechend mehr und gut ausgebildete Instruktoressen. Die Kader der Armee sind zeitgemäss und umfassender auf die Ausbildung und Führung der Truppe vorzubereiten. Die Infrastruktur der Ausbildungsplätze muss mit modernen Hilfsmitteln verbessert werden. Für die Ausbildung müssen die entsprechenden Hilfsmittel wie Simulatoren, aber auch Munition und Treibstoffe in genügendem Mass zur Verfügung stehen. Eine moderne und effizientere Ausbildung fördert den Wehrwillen und vermeidet Leerläufe.

3. Die Aufgaben der Armee werden neu definiert und erweitert. Mit der Realisierung von «Armee 95» geht es darum, ein flexibles Instrument zu bilden, mit dem in kurzer Zeit auch neue Aufträge gelöst werden können. Wir möchten aber davor warnen, unserer Miliz zu viele Aufgaben zu überbinden. Die Armee hat auch in Zukunft die primäre Aufgabe, durch Verteidigungsbereitschaft den Krieg zu verhindern. Die Idee der sogenannten Blauhelmsuppe ist noch wenig konkret. Es geht darum, die Möglichkeiten der Milizarmee nicht zu überschätzen. Es ist daher wohl ehrlicher, sich früh genug einzugestehen, dass wir mit unserem Milizheer in Zukunft spezifische Aufgaben auf diesem Gebiet nicht lösen können.

4. Die Glaubwürdigkeit der Armee hängt auch mit ihrer Ausrüstung zusammen. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang darüber im klaren sein, dass eine kleinere Armee nicht weniger kosten wird. Wir werden uns aber realistischere Weise immer wieder die Frage stellen müssen, mit wie wenig Leuten und mit wie wenig Rüstungsgütern der Auftrag erfüllt werden kann. Die Mittel aber, die zur Auftragserfüllung benötigt werden, müssen und wollen wir unserer Armee auch in Zukunft

zur Verfügung stellen. Es werden nicht weniger sein, wenn wir an die neuen Aufgaben und an die sich weiterentwickelnde Technik denken.

5. Für uns bleibt eine Frage offen, nämlich die Frage einer möglichen Integration in ein europäisches Sicherheitskonzept. So interessant diese Frage auch sein mag, wir können sie heute nicht beantworten. Wir werden sie aber in einem nächsten Schritt wohl oder übel diskutieren müssen. Das ist ein äusserst brisantes Thema, weil es nicht ausschliesslich ein wehrpolitisches, sondern auch ein politisches Thema ist.

Für unsere Fraktion steht die Fortführung der bewaffneten Neutralität in Unabhängigkeit in dieser Frage ganz klar im Zentrum.

Ich möchte Sie nun bitten, vom Armeeleitbild 95 in zustimmendem Sinn Kenntnis zu nehmen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

Cincera: Gestatten Sie mir, dass ich zuerst kurz darauf zu sprechen komme, wie diese Debatte geführt wird. Die sozialdemokratische Fraktion hat es fertiggebracht, sich in dieser Debatte, die in Kategorie III eingeteilt ist, mit einer ganzen Anzahl von fast gleichlautenden Anträgen ein Forum zu schaffen, um wieder einmal ihre Armee-Abschaffungs-Ideale vorzutragen. Wir werden uns in der Freisinnig-Demokratischen Partei überlegen müssen, ob wir das nächste Mal verschiedene Anträge stellen: einen, den Bericht mit Applaus zu genehmigen, einen zweiten, ihn mit starkem Applaus, und einen dritten Antrag, ihn mit sehr viel Applaus zu genehmigen, damit wir auch drei Sprecher mehr hier am Podium haben.

Dann vielleicht noch etwas zum Ton: Frau Haering Binder, Sie politisieren engagiert, das wissen wir alle. Aber es ist doch nicht der Stil dieses Hauses, dass man Mitarbeiter des EMD dauernd dem Tierreich zuordnet und ihnen Ausdrücke wie «feldgraue Nasen» und dergleichen zuordnet. Ich bin überzeugt, dass Sie, wenn wir Ihnen gegenüber gleich handelten, beleidigt wären, und Sie wären auch zu Recht beleidigt.

Jetzt aber zum Armeeleitbild 95: Ein Leitbild ist – der Name sagt es ganz klar – eine Darstellung und Auflistung zukünftiger Massnahmen. Es zeigt auf, wie ein definiertes Ziel erreicht werden soll, ohne schon beim Start jedes Detail zu regeln. Weil kein definitiver Status festgelegt wird, kann jeder nächste Schritt flexibel den neuen Erkenntnissen und Anforderungen angepasst werden; zudem können die gemachten Erfahrungen laufend berücksichtigt werden. Das heute zu diskutierende Armeeleitbild setzt deshalb richtigerweise mittelfristige Schwerpunkte bei der Konzeption und Planung der Landesverteidigung, ergänzt durch Optionen für die Weiterentwicklung. Es wird zur Grundlage des künftigen Handelns. Obwohl dieses Handeln zielorientiert ist, bleibt der notwendige Spielraum erhalten, um die nötigen Schritte flexibel auszugestalten. Das ist auch die Grundlage für unsere Diskussion.

Die Basis für das Armeeleitbild 95 ist der sicherheitspolitische Bericht; dieser wurde von unserem Parlament auch genehmigt. Er gibt Auskunft über die sicherheitspolitische Lage, über die möglichen Entwicklungen und die notwendigen Instrumente, welche uns zur Bewältigung der verschiedenen möglichen Entwicklungen zur Verfügung stehen müssen. Eines dieser Instrumente trägt den Namen «Armee» und hat in diesem Land und in der Entwicklung der europäischen und der Weltgeschichte einen ganz bestimmten Stellenwert, auch in der Zukunft. Aus dem sicherheitspolitischen Bericht geht klar hervor, dass die Armee in der Zukunft durch eine grössere Multifunktionalität geprägt sein wird.

So wird das Armeeleitbild 95 zu einem Weissbuch über die Armee. Es stellt ein Konzept vor und gibt einen Ueberblick über das Ganze. Zur Umsetzung wird uns später ein völlig neues Wehrgesetz vorgelegt werden, in welchem die Realisierung der neuen Armee konkret geregelt sein wird. Vieles, was heute in Form von Anregungen, Wünschen und Kritik vorgetragen wurde und noch vorgetragen werden wird, kommt dann zum Zug, wenn wir das neue Wehrgesetz behandeln werden.

Eine zweite Massnahme besteht in der Reform des EMD, dessen Strukturen selbstverständlich auch verändert und der grösseren Multifunktionalität der Armee angepasst werden müssen.

Welches sind nun die Hauptinhalte oder Hauptziele des neuen Armeekonzeptes?

1. Die Armee soll sich den neuen Fakten in der Sicherheitspolitik anpassen.

Hier gehen unsere Meinungen natürlich auseinander.

2. Die Armee soll kleiner sein, sie wird von etwa 680 000 auf 470 000 Mann reduziert.

3. Die Armee soll den Wertewandel in der Gesellschaft auch in der Ausbildung berücksichtigen.

Die Armee bleibt auch nach dem Armeekonzept 95 eine Verteidigungsarmee. Ihr Hauptauftrag ist und bleibt es, den Krieg im eigenen Land zu verhindern. Am Prinzip der Milizarmee und der allgemeinen Wehrpflicht wird richtigerweise festgehalten. Die Bestandesreduktion wird durch Verkürzung der Dauer der Wehrpflicht erreicht. Gleichzeitig werden die Heeresklassen abgeschafft, eine nach meiner Meinung längst fällige Massnahme.

Die Anpassung an die neuen sicherheitspolitischen Bedürfnisse führt zur Abkehr von der bisher mehr oder weniger statischen zur dynamischen Raumverteidigung. Als Folge dieses Umschaltens werden die Grenzbrigaden abgeschafft und dafür Panzerbrigaden aufgestellt. Dies – und das muss hier mit aller Deutlichkeit festgehalten werden – setzt einen wirkungsvollen Luftschirm voraus. Die Kontrolle des Luftraumes ist heute eine der wichtigsten und dringendsten sicherheitspolitischen Forderungen. Ohne moderne Luftwaffe, ohne Kontrolle des Luftraumes und ohne Luftschirm ist keine Sicherheit zu haben, ist keine Armee einsatzfähig.

Herr Ledergerber, Sie haben Finnland angesprochen, das mit weniger Panzern auskommt. Das liegt zum Teil am Gelände, zum Teil am Grenzverlauf und an der viel längeren Grenze. Aber Finnland will dafür seine Armee durch eine ganz hervorragende Luftraumverteidigung sichern und hat dieser mit der Anschaffung von 64 F/A-18-Flugzeugen auch den entsprechenden Vorrang gegeben.

Eine wesentliche Komponente im Armeeleitbild ist auch der Ausbau der territorialen Grundstruktur, inklusive des Aufbaus eines Katastrophenhilfekorps auf Armeestufe als Alarmorganisation. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir den Hinweis, dass wir vielleicht doch darangehen sollten, den Umbau des EMD in ein «Sicherheitspolitisches Departement» ernsthaft zu prüfen. Wir besprachen vorhin das Zivilschutzleitbild. Herr Ledergerber kritisierte heute morgen beim Zivilschutzleitbild unsere Unfähigkeit, in Gesamtverteidigungskategorien zu denken. Ein Umbau des EMD in ein Sicherheitspolitisches Departement wäre so eine Gelegenheit, in Gesamtverteidigungskategorien zu denken. Die angestrebte Multifunktionalität käme dann vermutlich ebenfalls besser zum Tragen. Verteidigung, Friedenssicherung in ihren verschiedensten Formen und Katastropheneinsatz könnten auf jeden Fall optimiert werden.

Im Armeeleitbild 95 steht auch einiges von Wichtigkeit über die Ausbildung. Besonders wichtig ist für die FDP-Fraktion, dass die Kaderrekrutierung und die Laufbahnplanung der Kader differenziert gestaltet werden. Nur mit guten und gut ausgebildeten Kadern können Motivation und Qualität verbessert werden.

Die «Armee 95» wird auch weniger kosten. Das EMD bringt bekanntlich im finanziellen und personellen Bereich zurzeit die grössten Opfer. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass jetzt die Schmerzgrenze erreicht ist. Wir wissen wohl, dass die Gegner der Armee das Ziel ihrer Wünsche auch über den Entzug der finanziellen Mittel zu erreichen versuchen.

Eine Gesamtwürdigung des Armeeleitbildes 95 führt zur Feststellung, dass dieses riesige Unterfangen präzise, weitsichtig und vor allem vernetzt geplant wurde. Die Generalstabsabteilung und die Gruppe für Ausbildung haben mit ihren und weiteren Planungsinstrumenten eine überzeugende Arbeit geleistet. Sehr sorgfältig wurden – das nur so nebenbei bemerkt – auch die Liquidationsmassnahmen geplant; denn der Bestandesabbau wird zu enormen Entsorgungsproblemen und -bedürfnissen führen. Man plante diese Liquidationsmassnahmen technisch und terminlich sehr detailliert und umweltgerecht. Herr Bundesrat Villiger, Sie dürfen dies als Kompliment an Sie und Ihre Mitarbeiter verstehen.

Nun zu den verschiedenen Minderheitsanträgen, die begründet wurden. Die FDP-Fraktion lehnt sie alle ab und bittet Sie, das gleiche zu tun.

Der Minderheitsantrag III (Gross Andreas) zeugt von seinen utopistischen Wertvorstellungen für diese Welt. Es ist eigentlich nicht ganz korrekt, die Abschaffung der Armee auf dem Wege eines Minderheitsantrages zum Armeeleitbild realisieren zu wollen.

Mit dem Antrag der Minderheit I (Haering Binder) wird etwa der halbe Weg beschritten: Falls die ganze Abschaffung nicht gelingt, kann man wenigstens die Hälfte abschaffen, um so schrittweise ein Stück weiter zu kommen.

Was diese Minderheitsanträge anbelangt, darf ich Sie wieder einmal an unseren Verfassungsauftrag erinnern. Wir haben laut Verfassung den ganz wichtigen Auftrag, die Sicherheit dieses Landes gegen aussen und im Innern zu gewährleisten. Die Armee ist das wichtigste Instrument, mit dem dieser Verfassungsauftrag erfüllt werden kann. Vorläufig gilt er noch, und das Parlament trägt mit an der Verantwortung, diesen Verfassungsauftrag auch durchzusetzen.

Wir lehnen auch den Minderheitsantrag II (Meier Hans) ab. Friedensförderung ist ja zum grössten Teil eine aussenpolitische Aufgabe. Die Armee hat im Rahmen dieser aussenpolitischen Aufgabe eine sekundäre Rolle, eine Hilfsrolle, zu spielen. Sie übernimmt das, was sich aus der Aussenpolitik ergibt. Auch dafür sind im sicherheitspolitischen Bericht und im Armeeleitbild 95 genügend Hinweise zu finden.

Ich bitte Sie deshalb, das Armeeleitbild 95 zu genehmigen und alle anderslautenden Anträge abzulehnen.

Dünki: Die Mehrheit der LdU/EVP-Fraktion nimmt vom vorliegenden Armeeleitbild 95 in zustimmendem Sinne Kenntnis. Unsere Fraktion begrüsst im besonderen die vorgesehenen strukturellen Änderungen in der Armee, insbesondere die Auflösung der Altersklassen und die Zusammenfassung der Kampfinfrastruktur. Sie ist aber nicht davon überzeugt, ob es auch richtig ist, die Reduit- und Grenzbrigaden aufzulösen. Etwas, das sich in der Vergangenheit bewährt hat, sollte man nicht ohne Not aufgeben. Dem Schutz der Grenzen und des Alpenmassivs mit seinen Uebergängen muss auch in Zukunft grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir bezweifeln, dass dies mobile Einheiten besser können als Kräfte, welche fest stationiert und deshalb mit dem Gelände bestens vertraut sind.

Wir bejahen auch die Anforderungen an die «Armee 95», wie sie im Leitbild umschrieben sind. Grossen Wert legen wir auf die Aussage, dass die Armee künftig in verstärkter Masse Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen leisten muss. Richtig ist, dass die Armee nur Personal und Mittel zur Verfügung stellen soll; die Einsatzverantwortung muss bei den zivilen Behörden liegen.

Absolut nicht einverstanden sind wir mit der Feststellung, dass für «Armee 95» ein neues Kampfflugzeug vordringlich sei. Wir haben vor ein paar Monaten den Kauf des F/A-18 abgelehnt mit dem Hinweis, dass eine billigere Lösung den gleichen Zweck erfüllen würde. Hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Warten wir den Volksentscheid über die Initiative ab! Erst dann wissen wir, ob die schweizerischen Bürgerinnen und Bürger bereit sind, für dieses Kampfflugzeug derart tief in die Tasche zu greifen. Unserer Ansicht nach wäre es besser gewesen, für den Schutz unseres Luftraumes eine billigere Variante voranzutreiben: Wir hätten nicht nur Geld, sondern auch Zeit gespart. Von diesem Kapitel des Leitbildes distanzieren wir uns. Wir sind überzeugt, dass es nach der Volksabstimmung sowieso neu überarbeitet werden muss.

Mit Ausnahme des neuen Kampfflugzeuges unterstützen wir auch die geplanten materiellen Ausbauschritte. Es stellt sich sofort die Frage, was mit der beträchtlichen Menge an Material und Munition geschieht, welche liquidiert werden sollen. Hierzu nimmt Frau Grendelmeier Stellung.

Ganz erfreulich ist die Absichtserklärung, dass durch eine menschenorientierte Führung dem Wandel in der Gesellschaft Rechnung zu tragen sei. Die Botschaft hören wir gerne, aber das EMD muss auch dafür sorgen, dass sie bis zur Basis vordringt und dort vollzogen wird. Sie muss von allen richtig

verstanden werden. Einige Militärlköpfe sind schwer umzuerziehen, damit diese berechnete Forderung auf allen Stufen auch erfüllt wird. Durch das Herabsetzen des Dienstpflichtalters, auch desjenigen der Offiziere, besteht aber die Hoffnung, dass sich die Vorgesetzten Mühe geben werden, jeden Wehrmann ernst zu nehmen und ihn menschenorientiert zu führen. Ich kann Ihnen nicht verhehlen, dass einige Fraktionsmitglieder den Minderheitsanträgen zustimmen werden. Sie wollen, dass die Militärausgaben und die Truppenbestände weiter reduziert werden. Sie möchten auch die Arbeitsplätze retten und sie zivilen Bereichen zuführen. Für den letztgenannten Gedanken habe ich volles Verständnis. Solche Anstrengungen sind notwendig und werden auch an die Hand genommen. Herr Zwygart wird zu gegebener Zeit zu seinem Antrag Stellung nehmen.

Ich gehe immer noch von der Voraussetzung aus, dass unsere Armee der Existenzsicherung und der Friedensförderung dient. Die Hauptaufträge bleiben, nämlich die Kriegsverhinderung und die Verteidigungsfähigkeit. Ein Land, das frei bleiben und seine Unabhängigkeit wahren will, kann nicht auf eine eigene Armee verzichten. Diese Armee muss sich aber den veränderten Situationen in der Welt anpassen. Das neue Leitbild trägt diesem Gedanken voll Rechnung.

Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass die Mehrheit unserer Fraktion nach wie vor zu einer leistungsfähigen, modernen Armee steht. Sie unterstützt deshalb das Leitbild mit den geäußerten Vorbehalten. Sie bittet Sie, vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen und alle Minderheitsanträge abzulehnen. Wir haben alles Interesse an einem stabilen Europa mit einer funktionstüchtigen schweizerischen Armee, die auch für andere Aufgaben wie zum Beispiel Katastrophenhilfe eingesetzt werden kann. Leisten wir für die Friedenssicherung im Land und um unsere Grenzen einen sinnvollen Beitrag!

Frau Grendelmeier: Ich habe eigentlich zu diesem Armeeleitbild 95 nur eine Frage zu stellen. Sie sehen auf Seite 147f., dass unglaublich viel Material liquidiert wird. Das ist schön; das freut uns. Wir sind eine friedliebende Fraktion. Wenn man dieses Material – Waffen und Munition – verringern kann, ist das unter Umständen eine Chance. Die Möglichkeiten, Aggressionen gefährlich auszuleben, werden reduziert. Nur, Herr Bundesrat, Sie wissen so gut wie ich, Material löst sich nie auf, verschwindet nie. Es wird weitergegeben. Ich möchte nun aber wissen, was mit diesem Material passiert. Wird es weiterverkauft? Wenn ja, wohin? Wir haben heute morgen im Zusammenhang mit dem Zivilschutz generell über die neue geopolitische Lage gesprochen. Wir haben festgestellt, dass diese Welt sich höchstens in ihrer bipolaren Orientierung aufgelöst hat, aber keineswegs friedlicher geworden, sondern weiterhin unsicher ist. Wir haben im Osten neue Staaten, die sich mit demokratischen Strukturen schwertun, die keine Schulung im demokratischen Umgang mit Macht haben, die auf das Faustrecht ausweichen werden und es zum Teil schon tun und die sich nichts sehnlicher wünschen als Waffen und Munition. Nun könnte man nicht zuletzt aus den finanziellen Überlegungen, die uns während der letzten Tage beschäftigt haben – nämlich aus unserem ungeheuren Defizit heraus, in das wir hineingeschlittert sind, und angesichts der Möglichkeit, dass sich ein Markt von höchst begierigen Abnehmern auftut –, versucht sein, diese Waffen an kriegführende oder -gefährdete Länder weiterzuverkaufen.

Ich sage das nicht, weil ich Ihnen Böses unterstellen will, Herr Villiger. Ich weiss aber, dass die Schweiz im Umgang mit Waffen und Waffenhandel ihre liebe Mühe bekundet. Es war letztlich Bundesrat Furgler, der von einem «Selbstbedienungsladen Schweiz» gesprochen hat; die Tessiner Kollegen werden ein Lied davon singen können, was es bedeutet, wenn sich jedermann bei uns hemmungslos mit Waffen eindecken kann, sehr wohl zu unfriedlichen Zwecken.

Meine Frage lautet also, Herr Bundesrat Villiger: Was passiert mit diesen 1080 Panzerabwehrkanonen, 150 Panzern 61, 350 schweren Kanonen inklusive eines Teils der Munition, 260 Haubitzen 46, 130 Huter-Flugzeugen inklusive Munition, 300 Flabkanonen 54, zahlreichen Festungsgeschützen und Sprengobjekten? Ich fürchte, dafür gibt es einen Markt. Ich

möchte, dass Sie diesen mit allen Kräften unterbinden und uns sagen, auf welche Weise Sie das tun möchten.

M. Spielmann: Tout d'abord, une observation concernant le débat et les multiples interventions enregistrées à cette tribune.

Le vote du peuple se rapportant au maintien de l'armée a été clair. Nous avons donc reçu le mandat de la maintenir et je le respecterai, même si je continue à penser que la meilleure manière de défendre la paix, ce n'est pas de se préparer à la guerre. Cela dit, nous avons un mandat précis et c'est dans ce cadre qu'on nous a présenté le projet du Conseil fédéral relatif à la conception de l'armée des années 95. C'est sur ce terrain que j'entends exprimer un certain nombre d'observations.

Certains des préopinants ont argumenté en disant que pour maintenir une armée crédible il fallait la doter en matériels crédibles et en moyens d'intervention performants. C'est vrai, mais il n'en demeure pas moins que pour maintenir une défense crédible dans ce pays, il s'agit aussi de s'appuyer sur sa population, c'est-à-dire de combler en partie le fossé existant entre une partie de la population et l'armée, et de faire admettre une conception de défense du pays qui puisse avoir l'adhésion de la plus grande majorité de nos concitoyens, sans quoi rien ne servirait de dépenser de l'argent pour les moyens les plus sophistiqués.

J'estime donc à ce propos que le rapport qui nous est présenté ne répond pas aux objectifs. Au contraire, je considère qu'il s'en distance sur trois points. Premièrement, le développement et la sophistication technique du matériel d'armement conduisent fatalement à mettre la capacité de défense du pays dans les mains d'une minorité de spécialistes. Elle deviendra, de ce fait, de moins en moins l'affaire de l'ensemble de la population. Par ce choix tactique, technique et politique, on élargit le fossé dont je parlais ci-dessus. Deuxièmement, on ne peut pas parler de l'adhésion de la population à la défense du pays sans aborder la question du coût. La situation financière générale dans laquelle se trouve notre pays a été l'occasion d'un large débat, même si tout le monde ne partage pas les mêmes opinions sur son état et sur ses causes. Or, force est de constater que, parmi les multiples arrêtés d'assainissement que ce Parlement a acceptés, on a refusé d'entrer en matière sur l'un d'entre eux: l'arrêté H, celui qui précisément traitait de l'acquisition du matériel d'armement. C'est quand même paradoxal de penser que l'on économise aux dépens de l'AVS, du social, de l'instruction, que l'on prend des mesures linéaires pour réduire l'ensemble des dépenses de l'Etat et que le seul point relatif au militaire échappe aux mesures d'économies. Il y a là aussi – je le répète encore une fois – une réalité qui élargit le fossé dont je parlais précédemment. Le troisième point, qui ne me semble pas le moins important dans le rapport du Conseil fédéral et les perspectives qu'il nous trace, c'est celui de l'adaptation de notre armée – ce que je qualifierai d'un terme à la mode: l'eurocompatibilité – consistant à de voir dans quelle mesure les acquisitions d'armements – je pense, bien sûr, aux armes les plus sophistiquées et notamment aux plus contestées – les avions – pourraient s'intégrer dans une structure de défense commune, dans quelle mesure notre armée pourrait participer avec des actions aux décisions prises par l'ONU. A ce propos également, il faut dire clairement qu'il y a un fossé toujours plus grand entre la participation à des expéditions que j'appellerai punitives et l'application des résolutions de l'ONU à la carte et de manière unilatérale. On a dit oui quand il s'agissait de défendre les intérêts du pétrole, mais on ne demande pas l'application des résolutions quand elles concernent les droits de l'homme. Cette manière d'agir va à l'encontre de ce que souhaite la population.

Par conséquent, s'agissant de ces trois éléments fondamentaux, je ne partage pas l'avis exprimé par ce rapport sur l'armée 95. Je considère qu'il doit être revu et que l'on doit s'efforcer de combler ce fossé entre la population et son armée. La seule défense crédible est de faire admettre cette dernière à l'ensemble de nos concitoyens. On ne défend pas un pays contre l'opinion de ses habitants.

Hubacher: Die sozialdemokratische Fraktion anerkennt die Reformbemühungen des EMD. Diese kolossale Aufgabe, den etwas schwer und mühsam zu bewegendem Koloss Armee reformieren zu wollen! Das ganze Verfahren ist ja auch äusserst schwierig und mühsam.

Wir meinen aber, dieses Armeeleitbild 95 leide an einem fast nicht zu heilenden Geburtsfehler. Es fehlt ihm für unsere Begriffe die politische Zielvorgabe, der politische Auftrag. Die Armee hat sich diesen Auftrag eigentlich selber gegeben. Sie arbeitet wie in einer geschützten Militärwerkstätte, indem jetzt seit Jahren diese «Armee 95» um die 450 000 Mann herum aufgebaut und argumentativ gestützt wird. Richtigerweise wäre aber eigentlich ein Auftrag von Bundesrat und Parlament fällig gewesen. Das EMD konserviert für unsere Begriffe diese alte Krankheit, dieses alte Leiden: es gibt keinerlei Varianten.

Herr Ledergerber hat seinerzeit ein Postulat eingereicht, das der Rat überwiesen hat. Er äusserte darin das Anliegen, dass dieses Armeeleitbild auch in Varianten, mit Alternativen, vorzulegen wäre. Aber der ewige Mangel an Flexibilität hält an, wir haben wieder nur eine Marschrichtung; sozusagen im Anhang wird dann in Telegrammform noch etwas Alternatives, so etwas wie das «Kleingedruckte», nachgeschoben.

Wir haben also einen Eintopf. Das erinnert mich an das berühmte Wort des ehemaligen Bundesrates Willi Ritschard, dass die Armee das Land verteidigen sollte und nicht immer sich selber. Wir haben den Eindruck, dieses Armeeleitbild sei im Grunde genommen eine Pflichtübung, die zum Teil aus demographischen Gründen angegangen wurde. Seit 1989 kommt die Veränderung in Europa dazwischen; das gibt dem Auftrag eine plausible Grundlage. Aber eigentlich ist die Armee so sehr in sich selber verliebt, betrachtet sich leider zum Teil sogar als Selbstzweck, dass dieser Auftrag für uns zu wenig auftragsbestimmt ausgeführt wird.

Bei der Lektüre des Anfangs des Berichts hat man zwar das Gefühl, es herrsche ein Hauch von Veränderungswille. Aber wenn man den Bericht zu Ende liest, ihn zu gewichten und die Bemühungen anzuerkennen versucht – wir wissen, dass es vor allem für die politische Führung schwierig ist, diesen Koloss umzugestalten –, wird man den Eindruck nicht los, die ganze Geschichte sei so etwas wie eine Occasion. Man behandelt, man verjüngt, man versucht zu reformieren; aber es ändert sich eigentlich doch sehr wenig. Der Bericht – das ist jetzt eine persönliche Wertung – erinnert mich an eine Welt von gestern. Jetzt haben wir wochenlang über Eurolex, EWR, Europa und unsere Zukunft diskutiert. Verglichen mit jener Thematik kommt mir dieses Armeeleitbild 95 wie etwas leicht Antiquiertes, Vergangenes vor.

Es bleibt zu bemerken, dass für unsere Begriffe ein Missverhältnis zwischen Mannschaftsbestand und Geld besteht. Ob schon in diesem Rat eine solide bürgerliche Mehrheit besteht, und im Ständerat erst recht, gehen wir davon aus, dass der Armee inskünftig zuwenig Geld zur Verfügung gestellt werden kann, um eine effiziente Armee- und Rüstungspolitik betreiben zu können. Das heisst, es wird dann zu viele Leute und zu wenig Geld, zu wenig Waffen geben. Das ist ein altes Uebel; es wird nicht kuriert. Mit dieser Reform können Sie aus einem alten Maultier kein elegantes Rennpferd machen.

Ein weiterer Punkt – Herr Dünki hat bereits darauf hingewiesen –: Was passiert eigentlich, wenn im Juni 1993 die Mehrheit des Schweizervolkes den F/A-18-Kredit refusieren wird? Das ist ja nicht völlig auszuschliessen; dies bestätigen mir auch Kollegen bürgerlicher Herkunft, wenn ich mit ihnen unter vier Augen rede. Was kann dann mit diesem Armeeleitbild noch angefangen werden? Was ist das Papier dann noch wert? Wir glauben, dass das EMD auf diesen demokratischen Ernstfall überhaupt nicht vorbereitet ist und relativ hilflos, wehrlos, konzeptionslos dastehen wird.

Sie werden die Betrachtung in der «Neuen Zürcher Zeitung» von Herrn Lezzi vom letzten Samstag wohl auch gelesen haben; wie immer ist er ein unverdächtig Zeuge. Es wird dort ganz klar signalisiert, dass das Armeeleitbild 95 das Prädikat «genügend» nicht verdient; es genügt nicht, es sollte mehr in Richtung Reform gehen. Ich habe fast den Eindruck, dass dieses Dokument Armeeleitbild 95 als Literatur aus der Militär-

schreibstube zu betrachten ist, aber eigentlich sollte diese Geschichte nun neu geschrieben werden.

Von da her gesehen ist das Papier als Denkanstoss an sich interessant, leider ist es aber nicht mehr aktuell, und vor allem bringt es keine Lösung.

Borer Roland: Ich habe heute mit Frau Grendelmeier einfach Pech. Ich möchte ihr schon wieder eine Antwort auf ihre Fragen geben, und sie ist wieder nicht hier. Wir haben europaweit oder weltweit Tausende von Museen, die an diesem Rüstungsmaterial, das hier zur Liquidation angeboten wird, Interesse haben. Es sind heute weltweit gesuchte Raritäten, weil sie nirgendwo mehr vorhanden sind.

Die Fraktion der Auto-Partei nimmt vom Armeeleitbild 95 Kenntnis. Wir haben in diesem Leitbild sehr positive Aspekte gefunden. Wir haben aber auch einige Punkte gefunden, die wir sehr kritisch beurteilen und die in Zukunft vor allem bei Budgetberatungen auch unsere Kritik hervorrufen werden.

Ich möchte vorausschicken, dass wir die gegen das Armeeleitbild 95 vorliegenden Anträge ablehnen werden.

Was ist uns aufgefallen? Es ist uns im positiven Sinne aufgefallen, dass man versucht, eine moderne, leistungsfähige Armee aufzubauen, die dem militärischen Umfeld angepasst ist, das heute in Europa – inklusive Osteuropa – besteht.

Wir wollen das Material modernisieren. Wir wollen veraltetes Material ersetzen und neues beschaffen. Wir wollen die Armee verkleinern. Es ist eine Verkleinerung, die vielleicht mengenmässig noch ein wenig grösser ausfallen könnte.

Das Problem ist, dass wir am Gedanken der Milizarmee festhalten wollen. Vergleicht man ein Berufsheer, ein stehendes Heer zahlenmässig mit einer Milizarmee, so vergleicht man einfach Äpfel mit Birnen. Wir brauchen einfach in unserer Milizarmee mehr Leute, als dies in einer Berufsmarine oder in einem stehenden Heer der Fall wäre.

Wir haben festgestellt, dass im Armeeleitbild 95 auch gedanklich Änderungen vorgenommen werden. Wir kommen von der flächendeckenden Abwehr – eine Kampfform, die unsere Armee bis heute eigentlich immer als «diejenige, welche» angesehen hat – zur dynamischen Raumverteidigung. Diese ist unseres Erachtens der Struktur unseres Landes, den Überbauungen, den veränderten Landschaftsformen angepasst, und sie ist deshalb richtig.

Wir finden es positiv, dass es weiterhin primär die Aufgabe der Armee sein wird, dissuasiv zu wirken, Verteidigungsbereitschaft nach aussen zu signalisieren. Wir finden es positiv, dass man – wenigstens halbherzig – versucht, in der Verteidigung unseres Landes selbständig zu bleiben.

Es nützt nichts, wenn die bürgerliche Mehrheit heute zum Armeeleitbild 95 ja sagt und nächstes Jahr die Initiative gegen die Beschaffung des F/A-18 nicht bekämpfen wird. Alle bürgerlichen Politiker in diesem Saal sollten sich darüber klarwerden: Ein blosses Lippenbekenntnis für eine Armee nützt nichts. Ohne modernen und glaubwürdigen Luftschirm bringt die ganze Reform im Zusammenhang mit der «Armee 95» nichts.

Wir haben Bedenken bei der Reduktion der Ausbildungszeit für die Grundausbildung. Wenn wir die Ausbildungszeit in den Rekrutenschulen reduzieren – und das wollen wir ja –, so heisst das vor allem für die technischen Truppen, dass auch die Organisation der Rekrutierung und Aushebung grundsätzlich reformiert wird. Man muss dann versuchen, die berufliche Grundausbildung, die ein zukünftiger Soldat mitbringt, zu nutzen und die Leute dementsprechend einzusetzen. Dies ist heute leider oft nicht der Fall.

Welches sind unsere Kritikpunkte? Sehr sauer aufgestossen ist unserer Fraktion ein möglicher Einsatz von Blauhelmsoldaten. Stellen Sie sich vor, welche volkswirtschaftlichen Kosten entstehen, wenn wir die 600 Mann eines Blauhelm-Bataillons ein halbes oder auch ein ganzes Jahr aus dem Berufsleben herausnehmen und irgendwo auf der Welt einsetzen. Das ist mit einer Milizarmee doch schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Die einzige Alternative, die wir in diesem Zusammenhang sähen, wäre ein Berufsbataillon, also ein Bataillon, das sich aus Berufssoldaten zusammensetzt, die frei verfügbar eingesetzt werden könnten, wo jeder die Risiken kennt, wo jeder die Risi-

ken mit einem ganz normalen Arbeitsvertrag eingeht. Nur auf diese Art ist ein Blauhelm-Einsatz unseres Erachtens überhaupt möglich.

Wir haben festgestellt, dass die finanziellen Mittel immer spärlicher fliessen. Auch das Militär muss den Gürtel enger schnallen. Ich kann Herrn Cincera unterstützen: Die Schmerzgrenze ist sicher erreicht. Wie wollen wir die Armee modernisieren – das wird Geld kosten –, wenn wir zusätzliche Aufgaben übernehmen wollen, die noch einmal mehr Geld kosten? Ein Blauhelm-Bataillon wird uns nicht gratis zur Verfügung stehen.

Wie wird die Presse reagieren, wenn zum ersten Mal ein Milizsoldat der Schweizer Armee nach einem Blauhelm-Einsatz tot nach Hause geschickt wird? Ich erinnere Sie an die Reaktionen der Presse, als ein Journalist – im beruflichen Einsatz selbstverständlich – im Gebiet des früheren Jugoslawiens umkam. Was wurde da in der Presse nicht alles geschrieben! Und nun stellen Sie sich vor, Sie schicken einen Milizsoldaten an den gleichen Ort, und es passiert dasselbe. Undenkbar!

Wir haben Alternativen. Alternativen wären z. B. der Einsatz von Blaumützen. Wir könnten z. B. mit dem Einsatz von Medizern im Ausland unserer humanitären Tradition, die wir bis heute gepflegt haben, in viel grösserem Masse gerecht werden. Ich glaube, dieser Einsatz würde vom Ausland als nicht weniger solidarisch betrachtet.

Ein weiteres Problem sind unseres Erachtens die Vorgaben im Zusammenhang mit der Ausbildung. Die «Armee 95» steht vor der Tür. In drei Jahren sollte die Realisierung beginnen. Instruktoren sind heute zu wenige vorhanden. Man hat es verpasst, die Arbeitsplätze, die bei der Armee abgebaut wurden, zum Aufbau des Instruktorenkorps zu benutzen.

Die Benützung von festen Ausbildungsplätzen und die Verlängerung der Kaderausbildung der Unteroffiziere erachten wir als positiv. Das ist sinnvoll.

Obwohl wir kritische Stellen in diesem Armeeleitbild 95 gefunden haben, stellen wir keine Rückweisungs- und keine Aenderungsanträge. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass das Armeeleitbild eine Zielrichtung vorgibt und dass das EMD unter Herrn Bundesrat Villiger absolut in der Lage sein wird, zeitgemäss zu handeln und das Leitbild auch in Zukunft den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Bischof: Am 27. Januar 1992 hat der Bundesrat seinen Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren, das sogenannte Armeeleitbild 95, vorgelegt. Dieses Armeeleitbild basiert auf dem Bericht 90 vom 1. Oktober 1990 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz; es bildet hiermit auch den Rahmen für das Konzept der Armee.

Warum überhaupt ein neues Armeeleitbild? Die Schaffung und erst recht die Verwirklichung eines neuen Armeeleitbildes bedürfen einer Begründung. Eine Milizarmee wie die unsere kann nicht nach Lust und Laune heute so strukturiert und morgen wieder anders gestaltet werden. Wer eine Armee wie die unsere neu gestalten will, hat sicher gute Gründe dafür; diese Gründe sind alle vorhanden. Sie liegen eindeutig in der Veränderung des sicherheitspolitischen, aber auch des gesellschaftspolitischen Umfelds der Armee. Die bisherige Armee war in Struktur und Auftrag, in Ausrüstung und Konzeption auf eine vorhandene, jederzeit aktualisierbare Konfrontationslage zwischen den beiden ehemaligen Blöcken in Europa ausgerichtet. Auf mögliche Bedrohungen antwortete die Schweiz mit ihren Mitteln, mit einem genau definierten Konzept, nämlich jenem der Abwehr – Herr Ledergerber lacht. Im Bericht 90 hat der Bundesrat seine Sicherheitspolitik den veränderten Bedrohungssituationen angepasst. Er bejaht nach wie vor die Notwendigkeit einer bewaffneten Landesverteidigung. Trotzdem verkennt er nicht, dass neben militärischen Bedrohungen andere, neue Formen der Bedrohung in Erscheinung getreten sind – darum auch der Auftrag, die Armee neu zu definieren.

Das Armeeleitbild 95 präsentiert nun die Lösungen für Aufgaben, die der Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz der Armee gestellt hat. Im Bereich der Konzeption müssen die neuen Aufträge der Existenzsicherung und der Friedensförderung nebst dem Kampfauftrag verarbeitet werden. Die Existenzsicherung wird durch die Territorialverbände der Armee

gewährleistet, durch die Rettungs- und Spitalformationen wie auch durch bestimmte Infanterieverbände. Damit kann auf kantonaler und regionaler Ebene Hilfestellung bei Katastrophenfällen geleistet werden. Der Kampfauftrag wird gestützt auf die neue Militärdoktrin der dynamischen Raumverteidigung durch weniger, dafür aber flexiblere und einsatzstärkere Verbände erfüllt.

Die «Armee 95» ist die richtige Antwort auf die veränderten gesellschaftlichen und demographischen Verhältnisse in der Schweiz. Das Festhalten am Milizsystem und an der allgemeinen Wehrpflicht, der Abbau des Bestandes der Armee-Angehörigen auf 400 000 Leute sowie die Einführung einer einzigen Heeresklasse sind gute Rahmenbedingungen für eine moderne Schweizer Armee. Die «Armee 95» ist die richtige Antwort auf eine künftige Entwicklung, auf die aktuellen, unabsehbaren Gefahren und Risiken. Das neue Armeeleitbild ist zwingend und auch dringend notwendig. Die Weiterführung einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit und auch die Einbindung in ein internationales Sicherheitssystem lassen sich auf der Basis des Armeeleitbildes 95 verwirklichen. Es zeigt den Weg auf; wir müssen ihn weitergehen. Das sind wir der Generation, die unsere Armee trägt und die sie auch in Zukunft tragen muss, schuldig.

Abschliessend möchte unsere Fraktion aber doch noch auf einen negativen Punkt hinweisen. Unter dem Titel «Friedenssicherung» will man der Uno Blauhelme zur Verfügung stellen. Dies geschieht zwar auf freiwilliger Basis. Trotzdem widerspricht dies wieder einmal unserem Volksnein zur Uno. Generell passt uns die Salamatik, die darin besteht, dass wir bei immer mehr Uno-Organisationen mitmachen, überhaupt nicht.

Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi lehnt alle Minderheitsanträge ab und beantragt Ihnen Zustimmung zum Armeeleitbild 95.

Scherrer Werner: Als Vertreter der EDU möchte ich vorab dem Wehrminister und seinen Mitarbeitern für den gut aufgebauten Bericht bestens danken und gleichzeitig meine volle Zustimmung bekunden. Die militärische und die politische Entwicklung, weltweit und besonders in Europa, sind ausgewogen dargestellt und im Sinne unserer Verfassung beurteilt worden. Nach wie vor gilt es, gemäss Artikel 2 unserer Verfassung, die Unabhängigkeit gegen aussen zu behaupten und im Innern für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Trotz Wohlstand und allgemeiner Friedenseuphorie sind wir heute als Staat und auch als Bürger von drei Seiten bedroht. Diese Bedrohungen haben einen inneren Zusammenhang und als Ursache alle den gleichen Mangel, dass wir nämlich den Preis für die Freiheit und die Unabhängigkeit nicht mehr bezahlen wollen.

Die Schweiz ist durch einen nie vorher dagewesenen moralischen Niedergang als Folge der Aufgabe ethisch-christlicher und moralischer Werte akut gefährdet. Man hat bewusst bewährte Ordnungen und Autoritäten verlassen, die nicht zuletzt für eine Armee, auch für die schweizerische Armee, wichtig sind.

Unser Land ist weiter bedroht durch den von Bundesrat und Parlament vorgezeichneten Weg in ein integriertes Europa. Um des wirtschaftlichen Profites Willen geben wir unsere jahrhundertalte Unabhängigkeit auf und unterstellen uns fremden Richtern.

Als dritte Gefahr zeichnet sich der fehlende Wille zur Selbstverteidigung ab.

Ich lehne alle Anträge der Linken und Grünen entschieden ab, auch die geäusserten Unterstellungen wie «kalte Krieger», «versteinertes Denken», «Mohikaner» und «Dinosaurier» und was wir sonst alles gehört haben. Mit Unterstützung vieler Medien wird uns schon seit vielen Monaten eingetrichtert, dass bald ein Friedensreich anbrechen werde – das Gegenteil ist der Fall, die Konflikte werden noch zunehmen.

Was mir im Leitbild fehlt, ist die Wiederaufnahme der im Zweiten Weltkrieg gut funktionierenden Tätigkeit von «Heer und Haus». Ich frage Sie alle, was uns ein gutes Armeeleitbild 95 ohne die geistige Unterstützung des Volkes nützt. Es ist jetzt die vorrangige Pflicht der leider sehr matt gewordenen bürgerlichen Parteien, angesichts der wie Meereswogen auf

uns zukommenden armeefeindlichen Initiativen, eine Pro-Armee-Kampagne durchzuführen.

Es stellt sich für mich auch die akute Frage der weiteren Bundesratsbeteiligung der SP. Wer den wesentlichen Grundauftrag der Verteidigung unseres Landes nicht mehr mittragen will und kann, gehört nicht in unsere Regierung.

Abschliessend fordere ich den Bundesrat auf, den vorgesehenen Abbau von Personal in den Rüstungsbetrieben bis zum Jahr 2000 zu erstrecken; damit können wir viele Härtefälle mildern. Es ist eine völlig widersinnige Politik, wenn wir einerseits in unseren Armeebetrieben die Angestellten entlassen – und den Grossraum Thun, wo ich herkomme, trifft das natürlich ganz besonders – und andererseits für diese Leute Sozialpläne aufstellen müssen und das Geld dann in diese Sozialpläne stecken. Das verstehen unsere Arbeiter im Grossraum Thun nicht mehr.

M. Leuba: On a abondamment parlé dans cette salle de la réforme du Parlement et de la manière d'accélérer nos travaux. On me permettra de m'étonner, à ce propos, que nous trouvions sur nos tables trois propositions de renvoi plus une proposition de prendre acte en désapprouvant, émanant du même groupe politique – ces propositions allant du rouge vif au carmin en passant par le rouge tout court – et qui nous placent devant l'alternative suivante: ou bien ce groupe politique a de telles divergences en son sein qu'il propose le renvoi pour des motifs complètement différents – et dans ce cas-là ce n'est plus un groupe politique – ou bien il pratique l'abus du règlement de notre conseil, ces propositions n'ayant pour seul objectif que de permettre aux représentants de ce groupe de s'exprimer pendant 40 ou 50 minutes au lieu des 10 minutes réglementaires!

Malheureusement, je crains que la deuxième explication ne soit la bonne. M. Gross Andreas qui dit être très attaché aux droits démocratiques – je le crois d'ailleurs sincère – devrait aussi être assez intelligent – je crois également qu'il l'est – pour savoir que l'abus des droits démocratiques conduit toujours à la restriction de ces droits et qu'il est ensuite trop tard pour se plaindre celle-ci. En outre, j'ai le désagréable sentiment d'être pris pour un naïf si nous ne dénonçons pas cette manoeuvre, et cela ne me plaît pas d'être pris pour un naïf! Le groupe libéral approuve les grandes lignes du plan directeur Armée 95. Son approbation est toutefois assortie de remarques, de réserves et de conditions. Nous sommes tout d'abord heureux que le Conseil fédéral et le Département militaire fédéral aient élaboré une nouvelle conception de l'armée. La précédente datait de 1961, soit d'il y a plus de trente ans, et la conception de l'engagement, de 1966. C'est donc moins le résultat médiocre de la votation du 26 novembre 1989 que l'évolution de la situation internationale qui devait être prise en compte; c'est ce que l'on a fait. On a en effet voté en 1989 sur l'armée de 1961, alors que la situation avait complètement changé puisque, précisément en novembre 89, le mur de Berlin tombait.

Tout comme le Conseil fédéral, nous ne croyons pas que nous ayons à craindre, de façon primaire, une guerre généralisée en Europe, en tout cas pas une guerre intra-européenne. Toutefois, nous décelons trois menaces au moins. Tout d'abord, contrairement à ce que nous croyions il y a dix-huit mois encore, la guerre n'a pas été bannie d'Europe, et l'atrocité du conflit yougoslave est là pour nous le rappeler, comme d'ailleurs les troubles dont souffre l'ancienne République démocratique allemande, qui dénotent une renaissance de la xénophobie et du racisme et qui devraient inquiéter certains aussi dans cette salle. Ensuite, il y a les menaces contre l'Europe, qui proviennent tout d'abord d'un Islam qui se proclame lui-même conquérant, d'une natalité non contrôlée dans les pays du tiers monde, ainsi que des déséquilibres économiques et écologiques. Enfin, il y a les troubles possibles à l'intérieur de nos frontières et, là, l'armée pourrait jouer un rôle important pour protéger nos organes vitaux dans une époque et dans une société particulièrement fragiles à cet égard.

Compte tenu de la modification de la menace, et uniquement de cela, nous approuvons à la fois la conception de la défense dynamique et la réduction des effectifs qu'elle implique. Mais

si nous pouvons émettre un regret, c'est qu'il nous paraît que, dans tout le raisonnement, on a commencé par réduire les effectifs et, ensuite seulement, on s'est demandé quelle mission on donnerait à cette armée réduite. Nous pensons qu'il faut faire l'inverse, nous croyons – et nous allons le répéter – que c'est d'abord la mission de l'armée qui doit être déterminée et que c'est en fonction de cette mission que l'on se donne les moyens nécessaires.

Toujours selon le principe de l'adaptation des moyens à la mission, nous approuvons donc la réduction des effectifs. Cependant, nous rappelons que cette réduction ne se fera pas «verticalement» mais «horizontalement»: c'est par les classes d'âge que l'on diminue l'effectif et non pas en réduisant la conscription. Cela nous paraît aussi nécessaire dans la conception de la défense dynamique.

Enfin, nous voudrions insister sur la nécessité, qui est bien mise en évidence dans le rapport, de l'acquisition d'un avion de combat moderne, sans lequel toute défense dynamique est impossible.

Mesdames et messieurs, c'est à prendre ou à laisser! Je vous citerai le rapport: «Celui qui ne peut pas assurer la protection de l'espace aérien perd la liberté d'action au sol.» Dès lors, je poserai la question à M. Villiger, chef du Département militaire fédéral: dans l'hypothèse malheureuse où le peuple refuserait l'achat de l'avion de combat, ne conviendrait-il pas de revoir le programme Armée 95 car, avec les moyens que nous aurions à disposition, nous ne pourrions plus assurer les missions fixées dans ce rapport?

Toujours à ce propos, nous répétons que la mission première d'une armée est d'être prête à défendre avec efficacité la patrie et sa population. Donc, la préparation à la guerre, aussi désagréable que cela puisse sonner à nos oreilles, est la tâche essentielle et nous devons le réaffirmer, même si cela n'est pas très populaire. C'est seulement avec une armée efficace que l'on exerce un effet dissuasif et que l'on assure la paix à notre population, ce qui est finalement l'objectif que nous devons rechercher. La question européenne nous paraît d'ailleurs peu importante concernant le problème que nous avons à résoudre. En effet, nous savons que les pays qui nous entourent, ceux de la Communauté ou ceux de l'Espace économique européen ont tous une armée efficace. Dès lors, notre souci doit être qu'il n'y ait pas de maillon faible à l'intérieur de cet ensemble européen.

Enfin, j'insiste sur le fait que nous n'avons pas une armée pour occuper nos jeunes gens pendant un certain temps ou pour faire des travaux que les civils feraient certainement mieux qu'eux. Nous ne sommes pas opposés à des actions de maintien de la paix ni à ce que l'armée intervienne en cas de catastrophe. Il est clair que lorsque la maison brûle, tout le monde doit intervenir. Mais il s'agit indiscutablement de l'utilisation de l'armée pour des tâches subsidiaires parce qu'elle existe, et non de tâches essentielles et primordiales de notre armée.

Nous ne voulons pas entrer ici dans les détails des structures. Nous dirons simplement notre inquiétude à propos du nouveau type des cours de répétition: 10 cours tous les 2 ans, de 22 à 40 ans, cela signifie – nous l'avons déjà dit en séance de commission – qu'au moment où les jeunes hommes entre 30 et 40 ans ont les plus grandes contraintes de la vie active, quand ils font leur place dans leur profession, ils devront consacrer davantage de temps au service militaire que dans le système actuel. Il me semble qu'il y a là un défaut important qui ne correspond pas à ce qu'on a cherché pendant longtemps, c'est-à-dire concilier l'activité militaire avec les obligations de la vie civile.

Nous dirons un dernier mot au sujet du postulat qui demande au Conseil fédéral de réduire progressivement la durée du service militaire. Nous ne voterons pas ce postulat, même si le Conseil fédéral l'accepte. Nous pensons qu'il n'est pas très heureux que la réforme de l'armée se fasse par petites tranches, alors qu'elle forme un tout: si certains éléments sont sans doute agréables au citoyen, d'autres lui sont plus désagréables, mais on ne peut pas les vendre séparément. Pour cette raison, nous avons les plus grands doutes sur le fait qu'on puisse ainsi réformer l'armée par petits bouts. Le passage de l'armée 61 à l'armée 95 sera déjà difficile. La période

d'adaptation ne sera pas aisée, comme on nous l'a démontré en commission. Nous souhaitons que cette réforme se fasse dans les meilleures conditions et non pas par une adaptation par tranches, ce qui provoquerait sans aucun doute des périodes de faiblesse et d'inadaptation.

Keller Anton, Berichterstatter: Ich bin erstaunt, wie diese Reform von den Gegnern des Leitbildes in ihrem Ausmass heruntergespielt wird. Als Generalstabsoffizier kenne ich die bestehende Armee und kann sie mit dem vergleichen, was das neue Leitbild vorschlägt.

Ich habe den Eindruck, dass der Unterschied zwischen den beiden Armeen enorm gross ist. Das wird sich alles zeigen, wenn die alte Armee in die neue übergeführt werden muss. Die Probleme, die dann zu lösen sein werden, werden sehr gross sein. Die Kluft, die sich in dieser sicherheitspolitischen Diskussion aufgetan hat, ist unüberbrückbar. An der Frage, ob unsere Armee weiterhin in der Lage sein soll, einen Verteidigungsauftrag auszuführen, scheiden sich ganz offensichtlich die Geister.

Herr Hubacher hat gesagt, dass Alternativen zu diesem bestehenden Leitbild und zum Bild der Armee in diesem Leitbild fehlten. Ich kann das verstehen. Was aber die SP vorschlägt, was den Minderheitsantrag I (Haering Binder) betrifft, ist das eben keine Alternative, die von einer Mehrheit dieses Rates richtig erfasst und auch akzeptiert werden könnte. Diese Variante liegt enorm abseits. Wenn die SP-Fraktion – das muss man klar sehen – den Minderheitsantrag I (Haering Binder) unterstützt, dann markiert sie meines Erachtens mit aller Deutlichkeit, dass sie in Richtung Abschaffung der Armee marschiert; denn diese Armee von 150 000 Mann ist zwar sicher zu gebrauchen, z. B. für Aufgaben der Friedensförderung, für Aufgaben der Existenzsicherung und für weitere Aufgaben – beispielsweise im Umweltschutz. Aber mit dieser Armee lässt sich kein Verteidigungskampf führen, so wie ihn das Leitbild vorsieht. Darüber muss man sich im klaren sein. Eine solche Armee verdient den Namen Armee nicht mehr.

Insbesondere diesen Antrag der Minderheit I (Haering Binder) müssen wir mit aller Deutlichkeit ablehnen.

Ich bitte Sie, vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen, wie es die grosse Mehrheit der Kommission getan hat. Abzulehnen ist der Minderheitsantrag II (Meier Hans). Er wurde in der Kommission mit 14 zu 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Abzulehnen ist auch der Minderheitsantrag I (Haering Binder). Die Kommission hat ihn mit 14 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Abzulehnen ist ferner der Minderheitsantrag III (Gross Andreas). Die Kommission hat ihn mit 14 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Ebenso ist der Eventualantrag der Minderheit IV (Carobbio) abzulehnen. Er ist in der Kommission mit 13 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt worden.

Aus unserer Sicht kann dagegen das Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates angenommen werden. Die Kommission hat es mit 15 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

M. Savary, rapporteur: Les critiques de la minorité envers le Département militaire fédéral et envers ceux qui ont conçu le rapport sur l'armée 95 sont injustifiées. En effet, ce rapport tient compte de la situation politique et militaire en Europe. Il contient un certain nombre de réflexions, de propositions, une nouvelle conception de l'engagement et deux nouveautés essentielles: la promotion de la paix et l'engagement de certaines troupes en cas de catastrophe. C'est un document pensé et qui forme un tout. Mme Haering Binder a dit: «Nous voulons le désarmement, le peuple veut le désarmement.» Je pense que c'est là prendre ses désirs pour des réalités. Que veut le peuple? Il veut vivre en paix et dans la sécurité. Pour cette raison, nos citoyens savent qu'ils doivent entretenir une armée et que cela va coûter quelque chose. Nombreux sont les pays au monde qui nous envient, où l'on aimerait mieux entretenir une armée dissuasive plutôt que d'avoir à subir la guerre ou l'insécurité. Je suis persuadé que seule une armée digne de ce nom, aujourd'hui comme demain, peut nous préserver de la guerre.

M. Gross Andreas, tout en prêchant le pacifisme, reconnaît que la misère économique peut déboucher sur la violence et demande que nous fassions davantage dans le sens de la promotion de la paix. Ce premier pas a déjà été fait grâce à ce qui est proposé. Mais il y a des limites au discours et à l'engagement des «Casques bleus». Vous pouvez, comme moi, regarder ce qui se passe à Sarajevo et constater que, pour l'instant, rien n'a été réglé avec des discours ni avec l'engagement des «Casques bleus». Je n'ose même pas penser à ce qui pourrait arriver si ceux-ci étaient pris sous les tirs de l'artillerie qui domine cette ville.

Il y a deux propositions sur lesquelles j'aimerais apporter quelques précisions. La première demande à ce qu'on en vienne à une armée de 150 000 hommes. Elle ne précise pas le type d'armée désiré. Les auteurs de cette proposition veulent-ils une armée de type garde nationale, avec un armement léger, soit 150 000 gendarmes destinés à préserver une sécurité minimum dans le pays? Ou veulent-ils que ces 150 000 personnes composent une armée hautement mobile, disposant d'un armement et de technologies de pointe du genre: forces d'action rapide? Avant de se déterminer en vue de réduire le nombre des militaires, il faudrait savoir quel genre d'armée l'on veut.

De toute façon, un tel effectif permettrait, en cas de conflit armé, de faire face pendant une durée limitée à une attaque venant d'une direction, mais il ne serait pas possible de mener un combat de longue durée, de couvrir tous les points vitaux du territoire, de faire face à plusieurs menaces simultanées et de manoeuvrer en profondeur. En tout état de cause, une réduction immédiate à 150 000 hommes est irréalisable. Les travaux pour le passage de 625 000 à 400 000 hommes le prouvent. Nous ne disposons pas de la capacité administrative, technique et financière nous permettant de réaliser une telle réorganisation à court terme. En outre, il faut prendre en compte l'impact politique et économique.

Un autre problème qui a été soulevé est celui de la réduction de 50 pour cent du budget du Département militaire fédéral. Si l'on prend en considération cette proposition, l'armée ne peut tout simplement plus remplir les missions qui lui sont confiées dans le rapport sur la politique de sécurité de 1990. Des moyens matériels minimums sont nécessaires à cette fin et les coûts de ces missions ont été évalués au plus près. Compte tenu des moyens financiers prévisibles, il a fallu étaler cette réalisation sur environ 16 ans, ce qui équivaut à un renouvellement relativement lent – entre 30 et 40 ans – des équipements. La réduction des dépenses militaires de 50 pour cent devant se faire, pour l'essentiel, au détriment des investissements, cela signifie l'impossibilité d'acquérir certains équipements indispensables, l'incapacité de renouveler à un rythme raisonnable nos moyens militaires, et l'impossibilité de rénover ou de construire des infrastructures. Cette réduction de 50 pour cent rend impossible la réalisation du projet Armée 95 et exige que l'on redéfinisse, sur le plan politique, la mission de l'armée. Il faudrait reporter sur des organisations civiles des tâches aujourd'hui accomplies par l'armée, et ce n'est pas ce que vous voulez.

Pour toutes ces bonnes raisons, je vous demande, au nom de la majorité de la commission, de repousser toutes les propositions de minorité.

Bundesrat Villiger: Noch kaum je gab es in der Völkergemeinschaft einen grösseren Konsens, was den Einsatz von Armeen betrifft. Es braucht Armeen, und zwar braucht es Armeen, die gleichzeitig gegen den Krieg und für den Frieden arbeiten.

In einer Zeit des grossen politischen und wirtschaftlichen Gefälles sichern Armeen nach wie vor das Gleichgewicht, indem sie verhindern, dass noch immer vorhandene und in der Geschichte auch immer wiederkehrende Kräfte dieses Gleichgewicht verletzen können. Das ist der klassische Abhalte- und Verteidigungsauftrag der Armeen. In einer Zeit mit der Chance, dass nach Jahrzehnten der unversöhnlichen Fronten ganz Europa zur Demokratisierung findet, stützen Armeen einen schwierigen Prozess, der gar nicht anders als mit Instabilität, Spannungen und Konflikten ablaufen kann. Das ist die Friedensförderung.

In einer Zeit mit möglichen gravierenden Flüchtlingsproblemen müssen Armeen die zivilen Behörden unterstützen können, wenn diese ihre humanitären Aufgaben nicht mehr bewältigen können.

Und in einer Zeit mit leider eher grösser werdenden Katastrophenrisiken müssen Armeen zur Existenzsicherung beitragen und bei Katastrophen die zivilen Institutionen unterstützen können.

Innerhalb eines halben Jahrzehnts haben sich Umfeld und Aufgabenstellung der Armeen grundlegend verändert. Wir in der Schweiz haben darauf reagiert und eine tiefgreifende Armee reform eingeleitet. Noch ist der Wandel nicht abgeschlossen, noch ist der Ausgang nicht absehbar, und deshalb muss die Reform so angelegt sein, dass die Armee auch weitere Entwicklungen auffangen kann. Wir müssen – mit anderen Worten – Optionen offenhalten.

Wer heute eine Reform mit Anspruch auf ewige Richtigkeit postuliert, politisiert unehrlich. Wer angesichts der veränderten Lage und der wichtigen neuen Aufgaben nur deshalb auf eine Reform verzichtet, weil der weltweite Umwälzungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, geht mit der Verantwortung fahrlässig um.

Die «Armee 95» ist der Schritt, der heute nötig, verantwortbar und realisierbar ist und der in den internationalen Proportionen verhältnismässig ist.

Herr Ledergerber hat hier den Satz wiederholt, der auch durch tausendfache Wiederholung nicht wahrer wird, alle anderen würden abrüsten, nur die Schweiz rüste auf. Wir machen genau das gleiche, was andere auch machen: Wir verkleinern die Armee; wir mustern natürlich das alte und nicht das neue Material aus, und wir erneuern sie, wenn auch in einem verlangsamten Rhythmus. Deshalb habe ich gesagt: Wir sind innerhalb der internationalen Proportionen absolut verhältnismässig. Wer jetzt weniger will, verkennet die Realitäten, und wer viel mehr will, läuft Gefahr, von der Geschichte möglicherweise dereinst bestraft zu werden. Für beides könnte ich die Verantwortung nicht übernehmen.

Ich kann nun – und ich hoffe auf Ihr Verständnis – nicht auf alle Detailfragen eingehen, die hier aufgeworfen worden sind. Ich möchte aber, bevor ich auf die eigentlichen Ausführungen eingehe, noch etwas zum Stellenwert dieser Debatte sagen.

Frau Hollenstein und Herr Ledergerber haben den Bericht kritisiert: Sie sagten, man könne nichts verändern, man könne nichts dazu beschliessen. Ich muss diese Kritik mit aller Vehemenz zurückweisen, weil ich eher Lob erwartet hätte. Es hat uns niemand gezwungen, diesen Bericht hier zu präsentieren, sondern wir hätten Ihnen direkt die gesetzliche Realisierung vorschlagen können. Es ging mir aber darum, mit diesem Bericht sozusagen in der Öffentlichkeit und im Parlament den Puls zu fühlen, und Sie werden selbstverständlich bei dem total revidierten «Militärgesetz» Gelegenheit haben, zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Wir haben beispielsweise vor, den Auftrag der Armee in das Gesetz aufzunehmen. Sie können sich dazu äussern, Anträge stellen. Sie werden die Obergrenze der Bestände bestimmen können usw. Ich meine also, dass wir in bezug auf die Mitsprache des Parlaments bei der Gestaltung der Streitkräfte sehr viel weiter gehen als irgendein anderes Land. Ich finde das aber auch richtig.

Zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen: Das Ende des kalten Krieges hat in der Tat neue und hoffnungsvolle Aussichten für die Zukunft dieses Kontinents eröffnet. Es besteht die Chance, dass auch der östliche Teil des Kontinentes zu Demokratie, zu Menschenrechten und zu politischer Stabilität findet. Allerdings ist dieser Aufbruch Europas erst eine Chance und noch keine endgültige Realität. Realität und Wahrnehmung klaffen auch sehr häufig auseinander. Ich möchte davor warnen, sich Illusionen hinzugeben, die nur deshalb tausendfach bestätigt werden, weil Tausende gerne hätten, dass sie wahr wären. Sicherheitspolitik darf sich nicht von Illusionen oder von Wunschdenken leiten lassen. Sie muss sich an den Realitäten orientieren.

Ich sehe im wesentlichen drei Kategorien von neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen:

1. Eine akute sicherheitspolitische Herausforderung im Südosten. Es ist dies vor allem die Lage auf dem Balkan und in ge-

wissen benachbarten Gebieten. Was sich im ehemaligen Jugoslawien abspielt und uns alle bewegt und erschüttert, ist ein klassischer Eroberungskrieg, in welchem die Aggressoren bis heute für ihre bestialische Gewalt mit Erfolgen belohnt worden sind. Je nach Ausgang dieses Konflikts könnte dieser Krieg Präjudizwirkungen für andere Kriege haben. Es wird Spuren hinterlassen, wie die Welt, wie Europa mit diesem Krieg umgeht.

2. Ein latentes sicherheitspolitisches Risiko ergibt sich aus der prekären politischen und wirtschaftlichen Lage des Ostens. Enttäuschte Hoffnungen, Armut, wirtschaftliche Misere, ethnisches Konfliktpotential, Reste alten Denkens und alter Machtstrukturen könnten zum Nährboden für Nationalisten, Diktatoren und andere werden. Sie wissen auch, dass nach wie vor grosse nukleare und auch konventionelle Potentiale vorhanden sind. Das alles dürfen wir weder verdrängen noch mit der Nonchalance des Unbetroffenen überspielen.

3. Eine weitere Ebene der Herausforderung ist eine schleichende sicherheitspolitische Bedrohung, die primär, aber nicht ausschliesslich vom Süden ausgeht, die diffus ist, schwer fassbar. Hier sind die neuen Risiken gemeint wie Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen, Migration, aggressiver religiöser Fundamentalismus, illegaler Waffenhandel, Drogen, Terrorismus, organisiertes internationales Verbrechen usw.

Das Schwierige ist, dass diese drei Kategorien ineinander überfließen, sich gegenseitig beeinflussen und damit ein Risikogemisch bilden, das plötzlich da und dort explosiv werden könnte.

Die Tatsache, dass wir heute nicht unmittelbar bedroht sind, darf uns nicht zur Illusion verleiten, dass wir es nie mehr sein werden. Gerade die letzten drei Jahre haben einmal mehr gezeigt, dass Geschichte prinzipiell nicht vorhersehbar ist, und ich beneide zum Beispiel Frau Haering Binder oder Herrn Ledergerber um ihre Sicherheit in der Beurteilung der Zukunft. Ich selber bin sehr viel unsicherer.

Trotz dieser Risiken gibt es die Chancen für ein sicheres Europa, die ich erwähnt habe. Aber wir müssen Anstrengungen unternehmen, dass diese Chancen eine Chance haben. Ich darf einige Stichworte zu einer Politik der Chancenrealisierung geben. Durch eine Mischung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Massnahmen muss versucht werden, die Stabilität in den Problemländern zu fördern. Das geht durchaus auch etwas in der Richtung des Minderheitsantrages III (Gross Andreas). Aber es ist auch genau der Kern der ersten Säule unserer neuen Sicherheitspolitik, die wir hier beschlossen haben. Es ist eine europäische Sicherheitsordnung anzustreben, die durch ein Netz aus Kooperation, rechtlichen Vereinbarungen und auch militärischen Mitteln den raschen Wandel in friedlichen Bahnen hält, ein Netz sozusagen, das man über dieses Risikosystem stützen kann und das Explosionen verhindert.

Innerhalb einer solchen präventiven Politik sind Streitkräfte unentbehrlich. Weil niemand in Versuchung geraten darf, seine Streitkräfte ausserhalb seines Landes aggressiv zu missbrauchen, müssen sich die westlichen Demokratien nach wie vor mit modern ausgerüsteten Armeen verteidigen können. Weil aber diese Streitkräfte stabilisierende Faktoren sein müssen und niemanden bedrohen dürfen, müssen sie auf eine hinreichende Verteidigungsfähigkeit begrenzt sein. Innerhalb einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung – und auch jetzt schon – sind Streitkräfte für friedenspolitische Massnahmen unabdingbar; einige Stichworte: Peace-keeping, Peacemaking, Militärbeobachter usw.

Weil die herkömmlichen nichtmilitärischen Instrumente der staatlichen Sicherheit angesichts neuer, diffuser Bedrohungen im Krisenfall überfordert sein könnten, erhalten die Streitkräfte subsidiär zur Unterstützung der zivilen Organe unter deren Leitung neue Aufgaben. Die Berechtigung von Armeen als Instrumente mit vielfachen Aufgaben ist deshalb in der Völkergemeinschaft unbestritten.

Die Frage heisst also nicht, ob es weiterhin Armeen braucht, sondern wie diese Armeen ausgestaltet sein müssen, damit sie zu Instrumenten solidarischer Zukunftssicherung werden. Das führt mich zu den drei Stichworten «Verteidigungsfähig-

keit», «Multifunktionalität» und «Kooperation». Genau diese Stichworte stehen am Anfang unserer Reform.

Was heisst das alles für unsere Armee? Der Auftrag dieser Armee wird schon im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz definiert. Er lautet in der Reihenfolge der Prioritäten:

1. Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft und Verteidigung;
2. Friedensförderung;
3. Hilfeleistung als Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung.

Damit wird der Auftrag unserer Armee erweitert und dem neuen Umfeld angepasst. Sie ersehen daraus, dass diese Armee sehr viel widerstandsfähiger sein muss: im Bedarfsfall Migrationsnotstände bewältigen helfen, Uno-Aktionen unterstützen, sensible Objekte der Infrastruktur sichern, Konferenzen schützen, Katastrophen bewältigen helfen, und als Ultima ratio muss sie das Land verteidigen können. Und zwar muss sie das alles einzeln können, à la carte nach Bedürfnissen kombiniert, eskalierend bis zur Verteidigung oder alles zusammen simultan. Damit sie das alles kann, muss sie verändert werden. Deshalb ist der erste Grund für diese Reform die Anpassung an die neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten.

Die neue Armee ist kleiner und flexibler als die heutige; die Ausbildung stützt sich auf eine zeitgemässe Infrastruktur; die Kader instruieren nach modernen Grundsätzen und haben auch genügend Vorbereitungszeit; Ausrüstung und Ausbildung schaffen den Sprung in die moderne Technologie. Das alles deckt sich, Herr Maurer, genau mit dem, was Sie in bezug auf Ausbildung gefordert haben.

Ich teile auch die Meinung von Herrn Dünki, der hier von der menschenorientierten Führung gesprochen hat. In dieser Hinsicht ist in den letzten Jahren schon sehr viel passiert. Das muss so sein. Aber ich sage auch ganz klar, dass das nicht dazu führen darf, dass wir bei den Forderungen nachlassen, denn diese müssen noch immer auf die Tauglichkeit im Ernstfall ausgerichtet sein.

Es gibt aber auch innenpolitische Zwänge, die eine Armeeform unausweichlich machen. Viele der nicht sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sind im Umbruch; ich erwähne nur drei davon:

1. Die Wirtschaft ist anders strukturiert als vor dreissig Jahren, und die Mobilisierung von 800 000 Männern im Konfliktfall ist nicht mehr realistisch.
2. Die Haltung der Menschen zu vielen überlieferten Werten ist ebenfalls in rasantem Umbruch.
3. Unsere finanziellen Möglichkeiten sind eingeschränkt. Eine zu grosse Armee können wir uns nicht leisten.

Es wurde hier die Frage gestellt, ob nicht «Armee 95» gestoppt werden müsste, wenn zum Beispiel das Kampfflugzeug nicht käme. Ich muss Ihnen dazu sagen: Der Point of no return zum Verbleiben bei der alten Armee ist eigentlich schon aus finanziellen Gründen erreicht. Wir müssen weiterfahren.

Wenn wir die Armee nicht anpassen und sie nicht für die heutige Zeit sozial- und wirtschaftsverträglich machen, könnte sie ihre demokratische Basis verlieren. Das kann in einer direkten Demokratie an die Existenz der Armee gehen. Das ist genau der Grund, warum wir nicht nur gegenüber jenen unnachgiebig sind, die eine glaubwürdige Armee überhaupt in Frage stellen, sondern auch gegenüber jenen, die sich gegen die Reformen sträuben.

Herr Cincera hat die Departementsstruktur angesprochen. Dazu möchte ich nur sagen, dass die Armee reform auch eine Veränderung und eine Verkleinerung des Departements zur Folge haben muss. Da wir aber nicht alles gleichzeitig machen können – weil wir es sonst nicht mehr bewältigen würden –, wollen wir das stufenweise tun. Das ist jetzt in Planung und wird schwerem Gewicht erst dann realisiert werden, wenn die Armee reformiert ist.

Zum Thema Schweiz und Europa: Wir sind ein Teil Europas; wir sind Mitspieler und Mitverantwortliche, und auch im Rahmen der bewaffneten Neutralität ist diese Armee «europa-nützlich». Sie verhindert, dass unser Land je ein Risikoraum werden könnte. Sie macht diesen Raum stabil und berechenbar, und ich meine, dass auch der solidarisch ist, der sein eigenes Haus selber in Ordnung hält und anderen nicht zur Last fällt.

Neuerdings gibt es in unserem Land aber auch die Pose des sicherheitspolitischen Trittbrettfahrers. Manche glauben, uns würde dann Europa, die Uno oder sonst jemand zu Hilfe eilen, wenn es einmal ernst gelte. Deshalb sei es verantwortbar, in unseren Wehranstrengungen nachzulassen.

Wir könnten natürlich einem europäischen Verteidigungsbündnis beitreten, aber da gibt es nur eines, und das heisst Nato. Mir fällt jeweils auf, dass gerade bei den sicherheitspolitischen Trittbrettfahrern keinerlei Bereitschaft zu einem allfälligen Nato-Beitritt besteht. Man kann von einem Verteidigungsbündnis nicht nur profitieren. Man muss auch Beiträge leisten. Auch unangenehme politische Lasten, wie etwa die Luftverteidigung, müssen gemeinsam getragen werden. Für den Bundesrat steht aber – und das sage ich ganz klar – ein Beitritt zu einer militärischen Allianz nicht zur Diskussion.

Oft wird dann gefordert, wir sollten selbstverständlich nicht der Nato, sondern einer europäischen Sicherheitsordnung beitreten. Da muss ich zuerst einmal fragen, was das eigentlich ist und ob es so etwas überhaupt schon gibt. Eine Sicherheitsordnung, die diesen Namen verdient, ist ein System kollektiver Sicherheit, das sich am Uno-Vorbild orientiert. Ihm liegt eine von allen Mitgliedern anerkannte Rechtsordnung zugrunde. Und gestützt auf eine solche Rechtsordnung können Zwangsmassnahmen gegenüber Rechtsbrechern beschlossen werden. Sie wissen, dass der Uno-Sicherheitsrat politische, wirtschaftliche und sogar militärische Sanktionen beschliessen kann. Theoretisch könnte die KSZE im Auftrag der Uno allfällige Zwangsmassnahmen durchführen, die vom Sicherheitsrat der Uno beschlossen sind.

In der Praxis ist aber bei der Realisierung einer gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsordnung mit sehr grossen Problemen zu rechnen, und mir scheint, diese seien eher grösser geworden. Die gemeinsame Werte- und Rechtsbasis als Voraussetzung für eine wirksame kollektive Sicherheit fehlt noch weitgehend.

Weil die KSZE nach der Formel «Konsens minus eins» im Konsensverfahren entscheidet, setzt jeder Beschluss das Einverständnis von heute 51 Mitgliedstaaten voraus. Er kann damit jederzeit durch fehlende Bereitschaft zum Einverständnis verhindert werden. Die KSZE hat eindrucksvolle Leistungen im Hinblick auf den Umbruch im Osten erbracht, aber ihre Probleme im Hinblick auf die heutige Lage sind offenkundig geworden.

Sie wissen alle, dass auch die Nato und die WEU eine neue Rolle suchen und dass die Meinungen darüber sehr geteilt sind. Nüchtern betrachtet ist davon auszugehen, dass ein stabiles gesamteuropäisches, kollektives Sicherheitssystem noch in weiter Ferne liegt, und es wäre unverantwortlich, die eigene Sicherheitspolitik auf ein nichtexistentes System statt auf Realitäten abzustützen.

Im übrigen wäre die Beteiligung an einer solchen Ordnung kein Ersatz für eigene Verteidigungsanstrengungen. Die bisherigen weltweiten Erfahrungen zeigen, dass Mechanismen kollektiver Sicherheit keinen ausreichenden Schutz gegen gewaltsame Uebergriffe wie in Jugoslawien, Irak, Kuwait usw. bieten. Hier hilft eben trotz allem nur die nationale oder gemeinsame Verteidigung. Darum ist auch die Finalität von Maastricht nicht die kollektive Sicherheit, sondern die gemeinsame Verteidigung der europäischen Union, allerdings unter Achtung von noch sehr viel nationaler Eigenständigkeit.

Die Forderung nach einer Eingliederung in eine europäische Sicherheitsordnung erweist sich deshalb bei näherem Besehen als Leerformel. Solange wir keinem Militärbündnis beitreten wollen, gibt es für uns keine Alternative zu einer eigenständigen, angemessenen Verteidigung, man könnte auch sagen zur bewaffneten Neutralität.

Natürlich kann die Schweiz auch im Rahmen einer weiter verstandenen Neutralität Beiträge der sicherheitspolitischen Solidarität leisten, und ich selber bin überzeugt, dass sie das in der nächsten Zeit vermehrt tun muss, denn die Grösse der Probleme erfordert Beiträge aller, auch von uns. Ich denke an die friedenspolitischen Massnahmen, die hier auch kritisiert worden sind. Sie wissen, dass wir die Anstrengungen erweitert haben. Es stehen gegenwärtig schweizerische Militärbeobachter im Golan und in Jugoslawien. Die Leistungen unserer Blau-

mützen in Namibia und in der Sahara sind wertvoll und ein-drücklich. Schweizer Fachleute haben im Irak im Namen der Uno wichtige Arbeit geleistet. Eine Blauhelm-Botschaft ist den Räten zugeleitet worden.

Aber auch hier muss ich vor vereinfachenden Illusionen warnen. Nach herkömmlichem Verständnis werden Blauhelme nur eingesetzt, wenn alle Parteien den Friedenswillen haben. Bei solchen Peace-keeping-Aktionen ist die Gefahr für die Blauhelme begrenzt. Das Beispiel Jugoslawien zeigt aber, dass zwischen dem Peace-keeping und dem Peace-making – also gewaltsame Friedenserzwingung – eine fließende Grenze entstanden ist, und deshalb werden Blauhelm-Einsätze in Zukunft wahrscheinlich gefährlicher. Sie werden kein Abenteuerlager für erlebnishungrige Idealisten sein. Das müssen wir bedenken, wenn wir hier die Botschaft behandeln und die Entscheide im Bewusstsein einer sehr grossen Verantwortung fällen werden.

Ich habe die verschiedenen Gründe angeführt, die zur Armee-reform zwingen. Eine Armee muss dem Wandel periodisch angepasst werden. Andererseits braucht eine Milizarmee Kontinuität. Man kann sie nicht heute abschaffen, morgen wieder einführen, übermorgen halbieren und dann wieder verdoppeln. Krisen entstehen rascher, als Armeen verändert werden können. Deshalb besteht zwischen Anpassung an neue Gegebenheiten und Kontinuität ein Widerspruch, der schwer zu lösen ist. Wir geben die Antwort darauf mit dem Denken in Optionen.

Vielleicht realisieren sich in Europa alle Chancen. Wir wollen es hoffen. Dann können wir die Armee weiter verkleinern; ich bin der letzte, der sich dagegen sträuben wird. Vielleicht gibt es nachhaltige Rückfälle; dann heisst die Option: Steigerung der Kampfkraft. Oder wir wollen uns an ein Bündnis anlehnen; dann muss die Struktur der Armee das evolutiv ermöglichen. Oder wir bleiben bewaffnet neutral; dann muss das Land auch in zwanzig Jahren noch eine angemessene, eigenständige Verteidigung leisten können.

Wir sind überzeugt, dass «Armee 95» diese Optionen enthält; wir wahren Handlungsspielraum. Aber wir dürfen dabei nicht nur die Strukturen verändern, sondern müssen auch unser Denken ändern. Und da hat sich sehr viel geändert. Der Entwicklungsprozess im Departement – mit meinen Mitarbeitern und den hohen Offizieren – war positiv. Ich muss den Vorwurf des Dinosauriertums, den man meinen Mitarbeitern und mir gemacht hat, in aller Form zurückweisen. Angesichts des Engagements meiner Leute, angesichts der Offenheit gegenüber dem Wandel und auch angesichts des Verantwortungsbewusstseins empfinde ich das als beleidigend, werde aber trotzdem den kleinen Dinosaurier nach Hause nehmen und versuchen, den Streit, der bei meinen Töchtern darum entstehen wird, zu schlichten.

Zu den Minderheitsanträgen: Der Minderheitsantrag I (Haering Binder) – Herr Ledergerber hat den gleichen Antrag, nur etwas allgemeiner, gestellt – will die Militärausgaben auf 50 Prozent des heutigen Standes reduzieren, die Truppenbestände auf 150 000 Mann reduzieren, und es wird ein Konzept für die Rüstungskonversion verlangt. Frau Haering Binder war sehr ehrlich. Sie hat auf die Ähnlichkeit dieses Antrages mit der Initiative der Sozialdemokraten hingewiesen. Sie hat ehrlicherweise auch gesagt, in fünf Jahren wäre sie dann auch für den zweiten Schritt. Das heisst für mich, dass damit schon deklariert ist, dass solche Schritte im Hinblick auf die Abschaffung der Armee vorgeschlagen werden.

Frau Haering Binder hat auch auf die anderen hängigen Initiativen hingewiesen. Sie wissen: Eine Armee hat zwei Säulen: Ausbildung und Rüstung. Es sind vier Volksinitiativen hängig, die sehr genau auf beide Säulen zielen. Wenn alle vier Initiativen angenommen und verwirklicht würden, würde das die Aufrechterhaltung einer Landesverteidigung, die diesen Namen verdient, verunmöglichen. Das ist das, was man im Volksmund als Salami-taktik bezeichnet.

Zum Vorwurf, wir hätten unsere Pflicht nicht erfüllt: Wir haben auch andere Armeemodelle geprüft: Berufsheer, stehendes Heer mit Wehrpflichtigen, Freiwilligenheer und eben das Milizheer. Die Planer haben sich mit vielen Modellen beschäftigt, aber wir haben, nachdem die Entscheide gefallen waren, im

Armeeleitbild nur summarisch darüber geschrieben. Sie können bei der Behandlung der gesetzlichen Grundlagen selbstverständlich ein anderes Modell hervorholen.

Ich will Ihnen aber sagen, warum ich meine, dass das falsch wäre: Wir sind nach reiflicher Ueberlegung zum Schluss gelangt, dass die Schweiz vom Milizheer nicht abgehen sollte. Ein Berufsheer scheidet schon aus Kostengründen aus. Sie können das berechnen, wenn Sie Löhne und Sozialversicherung für einen Mann auf ein Heer von beispielsweise 40 000 Mann hochrechnen. Ich will das aber nicht weiter vertiefen. Ich meine, dass zahlreiche Gründe für ein Milizheer sprechen. Ich darf nur einige aufzählen: Nur die Milizarmee ist eine eigentliche Volksarmee; sie hat nach wie vor für die soziale und nationale Kohäsion Bedeutung; sie ist leistungsfähig, weil sie auf hervorragende Leute aus zivilen Berufen zurückgreifen kann; sie ist verhältnismässig kostengünstig; und sie entsteht erst, wenn man sie braucht.

Herr Leu Josef hat gesagt, es dürfe kein Mythos von der Milizarmee entstehen. Das wollen wir nicht. Sie wissen, dass wir schon heute gewisse Bereiche professionalisiert haben. Auch ein neues Kampfflugzeug wird sicher eher professionalisiert werden, und in der Logistik, Elektronik usw. ist es ähnlich. Das war schon immer so und wird so bleiben. Aber im wesentlichen wird die Armee eindeutig eine Milizarmee bleiben. Nur muss in der Tat – und hier hat Herr Leuba recht – für den Sollbestand der sicherheitspolitische Auftrag massgebend sein, und nichts anderes. Da müssen wir beim heutigen Auftrag von der Verteidigung nach Kriegsmobilmachung ausgehen, und wir müssen die Zusatzaufträge erfüllen können. Wenn dieser Verteidigungsauftrag angesichts der noch vorhandenen technischen Potentiale in der Tiefe des Raumes erfolgreich erfüllt werden muss, braucht es, vor allem wegen der mangelnden Gefechtsfeldbeweglichkeit der Infanterie, eine verhältnismässig grosse Armee. Die Zusatzaufträge, vor allem in den Bereichen Existenzsicherung und Bewachung, benötigen hohe Bestände, gerade auch – wie das in Friedenszeiten wahrscheinlich der Fall wäre – in ausserordentlichen Situationen, wenn wir Ablösungen vornehmen wollen.

Der Bestand von 400 000 Mann kann den Verteidigungsauftrag mit der jetzt vorhandenen und vorgesehenen Technologie erfüllen. Die Zahl von 400 000 ist sicher irgend einmal entstanden, dann hat man sie in einem iterativen Prozess hundertmal hinterfragt. Ich habe die Zahl vor der Publikation des Leitbildes selber noch einmal im Rahmen von Kleingruppen hinterfragt, und wir sind zum Schluss gekommen, dass diese Zahl richtig, vernünftig und tragbar ist. Die Konsequenzen eines Abbaus auf 150 000 Mann wären tiefgreifend. Der Verteidigungsauftrag könnte nur erfüllt werden, wenn fehlendes Personal durch vermehrte Technik kompensiert würde. Kompensation mit Hochtechnologie ist aber kostenintensiv; wir haben das geschätzt: In der Zeitspanne von 1992 bis 1999 müssten wir mehr als das Doppelte von dem aufwenden, was die Planung heute vorsieht. Das können wir uns schlicht nicht leisten. Zudem hätten wir für die Zusatzaufträge zuwenig Personal.

Noch einige Ueberlegungen zur Halbierung des Budgets: Es ist uns bewusst, dass die Lage der Bundesfinanzen und die neue sicherheitspolitische Lage eine reale Reduktion der Militärausgaben rechtfertigen und auch nahelegen. Dank umsichtiger Planung und Politik unserer Vorgänger ist die Bodendar-mee heute modern und in einem guten Zustand. Die Haupt-lücke ist die Luftverteidigung; aber darüber haben wir hier schon länger gesprochen. So werden trotz der Beschaffung des Kampfflugzeuges die Militärausgaben von 1990 bis 1996 um real mindestens 15 Prozent zurückgehen. Ihr Anteil am Bundesbudget wird auf unter 12 Prozent sinken – 1990 waren es noch 17 Prozent –, langfristig Richtung 10 Prozent. Das bedeutet in Realwerten, dass ab ungefähr 1996 die Militärausgaben pro Jahr über 900 Millionen Franken unter denjenigen von 1990 liegen werden, und damit leistet das EMD einen erheblichen Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen.

Wenn Herr Spielmann gesagt hat, gespart worden sei bisher ausschliesslich bei anderen Bereichen, so ist das nicht richtig. Die bisherigen Sparprogramme haben in fast allen Bereichen des Bundes lediglich die realen Zuwachsraten reduziert; es ist

noch kaum «ans Fleisch» gegangen. Im EMD ist es aber «ans Fleisch» gegangen.

Eine Halbierung der Ausgaben hätte grosse Folgen; der sicherheitspolitische Auftrag müsste neu formuliert werden. Im Bereich der Verteidigung wäre der heutige Auftrag nicht erfüllbar, und wir könnten auch nicht mehr gleichzeitig Teilaufträge erfüllen. Die Beschaffung von Hochtechnologie wäre kaum mehr denkbar. Ich glaube allerdings, das das gewollt ist. Die Kombination einer so gravierenden Bestandesverringerung mit technisch veraltetem Material würde zu einer Armee führen, die als Instrument der Landesverteidigung nicht mehr glaubwürdig wäre.

Ich darf hier noch eine Klammer zur Frage von Frau Grendelmeier öffnen: Abrüstung kostet. Die Liquidation der vielen Geräte und der Festungen, von denen hier drin gar nichts steht, wird zu sehr hohen Kosten führen. Wir haben schon Kosten von über einer Milliarde Franken berechnet; wir wissen noch nicht genau, wie wir sie bezahlen sollen. Wir könnten selbstverständlich dieses und jenes exportieren. Allerdings würden solche Exporte den heutigen gesetzlichen Auflagen genauso unterliegen wie andere Exporte von Kriegsmaterial. Wir möchten das aber nur sehr zurückhaltend tun, nach Möglichkeit gar nicht. Ich kann Ihnen sagen, für die 130 Hunter habe ich schon eine Offerte auf dem Pult gehabt – von einem Land, das mir nicht so Spass machte; deshalb kann ich Sie beruhigen. Wir werden auch nichts in den Seen versenken, sondern wir werden Material und Munition so umwelteträglich wie möglich, unter grossen finanziellen Opfern entsorgen müssen.

Zur Rüstungskonversion: Es ist klar, dass die Erfüllung des Minderheitsantrags I (Haering Binder) die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Es ist für politische Parteien unangenehm, diese Konsequenz betroffenen Arbeitnehmern gegenüber zu vertreten, und deshalb habe ich den Eindruck, dass man mit Schlagworten wie «Rüstungskonversion» diese Konsequenzen herunterspielen will. Es sind für mich Uebungen, deren Realisierung nicht möglich, aber auch nicht wünschenswert ist. Der von Armeegegnern gemachte Vorschlag, statt Pistolen Bohrmaschinen herzustellen, ist Unsinn. Wer in einer Wirtschaftslage wie der gegenwärtigen glaubt, ein Staatsbetrieb könne problemlos in neue Märkte eindringen, die schon übersättigt sind und wo auch die Spezialisten Mühe haben, hat von wirtschaftlichen Zusammenhängen wenig Ahnung. Aber die Probleme der betroffenen Arbeitnehmer – und auch schon diese Reform wird schmerzliche Entscheide zur Folge haben – nehme ich ernst. Es geht darum, die notwendigen Anpassungen möglichst ohne Härtefälle und mit Rücksicht auf die betroffenen Regionen vorzunehmen.

Aus ordnungspolitischen Gründen ist es aber undenkbar, in grösserem Umfang zivile Aktivitäten in Regie des Bundes anzugehen. Was nach Jahrzehnten miserabler Erfahrung mit der Verstaatlichung in Osteuropa abgeschafft wird, können doch nicht plötzlich wir anfangen! Wir haben aber eine klare Strategie. Die Tätigkeit der Rüstungsbetriebe wird auf die notwendigen Aktivitäten konzentriert, und begrenzte Aktivitäten in zivilen Bereichen, wie dies heute schon der Fall ist, sollen möglich bleiben. Sie sind allerdings an gewisse Rahmenbedingungen gebunden, wie zum Beispiel: keine direkte Konkurrenzierung der Schweizer Industrie; Begrenzung auf Gebiete mit Technologien, die den Betrieben bekannt sind; Tätigkeit in Gebieten mit hoher Investitionsbarriere für Dritte. Wir wollen nach Möglichkeit solche zivilen Aktivitäten auch auf gemischtwirtschaftlicher Basis durchführen und solche Betriebe, wenn es möglich ist, vielleicht später privatisieren. Wir reden hier nicht nur darüber, wir handeln auch. Sie wissen, dass einige interessante Projekte realisiert sind oder geprüft werden: Batterie-Entsorgung in Wimmis, Kühlschrank-Entsorgung in Uri, Zusammenarbeit mit dem TÜV in Thun, beabsichtigte Verlagerung der Mittelkaliber-Produktion des Bührle-Konzerns nach Altdorf. Wir lassen es nicht bei wohlklingenden Theorien bewenden, sondern realisieren in sozialer Verantwortung – das wissen auch die Gewerkschaften, mit denen wir eng zusammenarbeiten.

Ich empfehle Ihnen aus all diesen Gründen, den Minderheitsantrag I (Haering Binder) und den Antrag Ledergerber abzulehnen.

Damit komme ich noch kurz zum Minderheitsantrag II (Meier Hans): Friedensförderung und Existenzsicherung müssen neben dem Verteidigungsauftrag durchgeführt werden können. Sie sind notwendigerweise subsidiär, und es wäre daher ein Fehler, sie zu Hauptaufträgen zu machen; sie würden dann sozusagen zu Alibiaufträgen. Es hat keinen Sinn, solche Aufträge über den wirklichen Bedarf hinaus aufzublähen. Das Machbare können wir auch bei der heutigen Formulierung tun.

Ich möchte Sie deshalb bitten, den Minderheitsantrag II (Meier Hans) abzulehnen.

Zum Minderheitsantrag III (Gross Andreas): Ich habe versucht, die Situation hinsichtlich einer europäischen Sicherheitsordnung zu schildern. Die Meinung, die Schweiz könne zusammen mit anderen europäischen Staaten ein speziell ausgeklügeltes und nicht von Armeen mitgetragenes Sicherheitssystem entwerfen und durchsetzen, dünkt mich sowohl überheblich als auch naiv. Natürlich hat der Antrag einen richtigen Kern. Wir realisieren mit der neuen Sicherheitspolitik das, was wir können, und ich meine deshalb, dass wir auch diesen Minderheitsantrag ablehnen dürfen.

Als Reformrealist – und nicht als Reformromantiker – bin ich von der Notwendigkeit einer Armeereform und der Richtigkeit dieser Armeereform überzeugt. Ich bin auch überzeugt, dass der Wandel, den wir erleben, das Gesicht der Sicherheitspolitik in Zukunft verändern wird. Ich bin ebenso überzeugt, dass wir der Versuchung, einem reinen Wunschdenken zu erliegen, widerstehen müssen. In einer Zeit, in der sich die Ereignisse fast täglich überschlagen, muss Reform Realismus und nicht Illusion bedeuten. «Armee 95» ist machbar, angemessen und nötig.

Ich bitte Sie deshalb, das Armeeleitbild 95 in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

Frau Haering Binder: Ich möchte eine kurze Korrektur anbringen, Herr Villiger. In diesem Saal verlangt niemand verstaatlichte Betriebe. Wir verlangen mit der Rüstungskonversion einen Umstieg dieser Betriebe auf zivile Produktion. Dazu gibt es bewährte Mittel der Regionalpolitik. Wir bitten Sie, unsere Konzepte, die wir gemeinsam mit den Gewerkschaften unterbreitet haben, endlich zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen.

Präsident: Aus zeitlichen Gründen können wir persönliche Vorstösse aus dem Bereich EMD jetzt nicht mehr behandeln. Der Antrag Zwygart ist zurückgezogen worden. Da die drei Rückweisungsanträge einander nicht ausschliessen, stelle ich sie in drei Abstimmungen jeweils der Kommissionmehrheit gegenüber. Falls die Mehrheit obsiegt, wird dann noch über den Eventualantrag der Minderheit IV (Carobio) abgestimmt (Kenntnisnahme im ablehnenden Sinn). – Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abstimmung – Vote

<i>Erste Abstimmung – Premier vote</i>		
Für den Antrag der Mehrheit		120 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I		29 Stimmen
<i>Zweite Abstimmung – Deuxième vote</i>		
Für den Antrag der Mehrheit		105 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II		11 Stimmen
<i>Dritte Abstimmung – Troisième vote</i>		
Für den Antrag der Mehrheit		118 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III		31 Stimmen
<i>Vierte Abstimmung – Quatrième vote</i>		
Für den Antrag der Mehrheit		119 Stimmen
Für den Eventualantrag der Minderheit IV		28 Stimmen

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss den Seiten 1 und 2 des Berichtes

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon les pages 1 et 2 du rapport

Angenommen – Adopté

Dringliche persönliche Vorstösse zu Arbeitslosigkeit, Konjunktur und Geldpolitik

Interventions personnelles urgentes concernant le chômage, la situation conjoncturelle et la politique monétaire

Kategorie II, Art. 68 GRN – Catégorie II, art. 68 RCN

92.3369

Dringliche Interpellation**der LdU/EVP-Fraktion****Arbeitslosigkeit. Effiziente Massnahmen****Interpellation urgente****du groupe AdI/PEP****Mesures efficaces contre le chômage***Wortlaut der Interpellation vom 21. September 1992*

Die Schweiz sieht sich erstmals seit Jahrzehnten wieder mit einer bedeutenden Arbeitslosigkeit konfrontiert. Dies muss zu einem Ueberdenken der Wirtschaftspolitik führen. Es ist wichtig, dass der Bundesrat gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit seine Strategie darlegt. Wir stellen dem Bundesrat daher die folgenden Fragen:

1. Soziale Sicherung der Arbeitslosen

Kann der Bundesrat die Versicherung abgeben, dass er unter keinen Umständen an eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung denkt? Können Arbeitslose und Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, davon ausgehen, dass die versprochenen Leistungen finanziert werden? Wie gedenkt der Bundesrat zukünftig grössere Ausgaben zu decken?

2. Finanzpolitik

Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die Defizite der öffentlichen Hand die Wirtschaft stark belasten und dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit verursachen? Ist der Bundesrat daher bereit, dem Ausgleich der öffentlichen Haushalte erste Priorität einzuräumen? Ist der Bundesrat ebenfalls der Ansicht, dass bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen in erster Linie gespart werden muss, während Steuer- und Abgabenerhöhungen erst in zweiter Linie in Frage kommen?

3. Markt schafft Arbeitsplätze

Ist der Bundesrat nicht auch der Ansicht, dass sich gesunde wirtschaftliche Strukturen nur am Markt und im Wettbewerb herausbilden können? Ist er deshalb bereit, Markt- und Wettbewerbshindernisse konsequent zu beseitigen?

4. Komplementäre Arbeitslosigkeit

Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass das Fehlen ausländischer Spezialisten dazu führen kann, dass Arbeitsplätze in der Schweiz nicht erhalten bzw. nicht geschaffen werden können (komplementäre Arbeitslosigkeit)? Wie hoch schätzt der Bundesrat diese komplementäre Arbeitslosigkeit? Was gedenkt er zu tun, um ihr zu begegnen?

5. Vermehrte Mobilität

Wie beurteilt der Bundesrat die Mobilität der schweizerischen Arbeitskräfte? Ist er bereit, Massnahmen zu ergreifen, die die Mobilität von Arbeitskräften sowohl im beruflichen als auch im geographischen Sinne erhöhen? Welche Schritte gedenkt er zu unternehmen?

Texte de l'interpellation du 21 septembre 1992

Pour la première fois depuis plusieurs décennies, la Suisse est confrontée à un taux de chômage élevé, ce qui doit nous amener à réexaminer notre politique économique. Il est également important que le Conseil fédéral expose sa stratégie au Parlement et au peuple. C'est pourquoi nous lui soumettons les questions suivantes:

1. Garantie des prestations sociales

Le Conseil fédéral peut-il nous assurer qu'il ne songe en aucun cas à diminuer l'aide apportée aux chômeurs? Les sans-emploi et les personnes menacées de perdre leur travail peuvent-ils avoir la garantie que les prestations promises seront fournies? Comment le Conseil fédéral pense-t-il faire face à l'augmentation future des dépenses?

2. Politique financière

Le Conseil fédéral est-il d'avis que le déficit des pouvoirs publics constitue un lourd fardeau pour l'économie et qu'il contribue de ce fait à aggraver le chômage? Est-il dès lors prêt à chercher en priorité à équilibrer les budgets? Pense-t-il aussi qu'afin d'assainir les finances publiques, il convient en premier lieu de faire des économies, et d'augmenter, dans un deuxième temps seulement, les impôts et les taxes?

3. Un marché générateur d'emplois

Le Conseil fédéral partage-t-il également l'opinion que seuls le marché et la concurrence peuvent générer des structures économiques saines? Est-il prêt à éliminer systématiquement les obstacles à la concurrence qui se dressent sur le marché?

4. Chômage additionnel

Le Conseil fédéral pense-t-il que la pénurie de main-d'œuvre qualifiée étrangère peut avoir pour conséquence que le maintien et la création d'emplois ne peuvent plus être assurés dans notre pays? A combien estime-t-il le nombre de personnes touchées par ce type de chômage? Que pense-t-il faire pour y remédier?

5. Mobilité accrue

Que pense le Conseil fédéral de la mobilité des travailleurs suisses? Est-il disposé à prendre des mesures pour la développer tant sur le plan professionnel que sur le plan géographique? Si oui, lesquelles?

*Sprecher – Porte-parole: Jaeger**Schriftliche Begründung*

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

zu den Vorstössen 92.3369, 92.3370, 92.3377, 92.3378 und 92.3383 vom 5. Oktober 1992

1. Konjunkturlage

(SP-Fraktion «Konjunktur» Frage 1)

2. Geld- und Währungspolitik

(SP-Fraktion «Konjunktur» Frage 2; grüne Fraktion Fragen 1, 2, 3 und 7)

3. Massnahmen des Bundes gegen inflationsbedingte Umverteilungswirkungen

(SP-Fraktion «Konjunktur» Frage 3; grüne Fraktion Frage 5)

4. Dringliche Massnahmen zur Stützung der Baunachfrage

(SP-Fraktion «Konjunktur» Fragen 5, 6 und 7; grüne Fraktion Frage 4)

5. Finanz- und Wettbewerbspolitik

(LdU/EVP-Fraktion Fragen 2 und 3)

6. Technologiepolitische Aspekte

(SP-Fraktion «Konjunktur» Fragen 8 und 11)

Armeeleitbild 95

Plan directeur de l'armée 95

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.009
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.10.1992 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2088-2100
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 664

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.